

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abgabepreis: Das normal gelieferte Monatsheft oder deren
Dauer 20 Pf., für Familienangehörige 30 Pf., für die Kassenkasse (anlässlich
an den dreifachen Teil einer Tageszeitung) 1,50 RM. Anzeigenpreise nach
Merkblatt vom 9. Juli an in der Expedition Dresden-K. 1, Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreis: (bei Bezug monatlich 2,50 RM (inkl. im voraus), durch
die Post 2,50 RM (ohne Zahlungsbüro). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täg-
lich, außer an Sonntagen und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt behält sich
Verlag auf Verzögerung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. Güterbahnhof und Ne-
bengebäude, Güterbahnhofstr. 2, Telefon 17 28. Verlagsleitung: Dresden 15 690.
Sprechstunden: Montag 10-12 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwoch 17-19 Uhr
betriebl. und arbeiterhilf. Fragen, Freitag 15-19 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 11. Juni 1930

Nummer 133

Das bringt die neue Arbeitsgemeinschaft:

Lohn- und Gehaltsabbau!

Schandschiedsspruch für Nordwest verbindlich erklärt / Allgemeiner Lohnabbau bevorstehend
Nieder mit dem „Rettenprogramm“ des Bürgerblocks und der Bürokratie!

Essen, den 11. Juni.

Der Schiedsspruch für die Eisenindustrie Gruppe Nordwest
ist vom Reichsarbeitsministerium verbindlich erklärt. Dabei
sind nicht nur die Löhne der Arbeiter um 10 Prozent
herabgesetzt, sondern auch die Angehörigen der
Gehälter sollen gekürzt werden. Nach der Verbindlichkeits-
erklärung soll die gesamte Lohn- und Gehaltssumme in Nord-
west um 7 1/2 Prozent gekürzt werden. Nach der Verbindlichkeits-
Schwerindustrie in Nordwest bei etwa 250 000 Arbeitern und
Angehörigen viele Millionen jährlich an Lohn und Gehalt sparen.
Die Industriemagnaten lassen angeblich „blühende Zusicherungen
geben“ haben, um entsprechend diesen an den Löhnen und Ge-
hältern herabgedrückten Betrag die Eisenpreise zu „ver-
billigen“.

Dresden, 11. Juni.

Die Verbindlichkeitserklärung in Nordwest ist von außer-
ordentlicher Bedeutung. Sie ist eine ganz offizi-
elle Maßnahme der Bürgerblockregierung, einen allge-
meinen Lohn- und Gehaltsabbau für ganz
Deutschland, wenn nötig mit gesetzlichen und staatlichen
Zwangsmitteln, einzuführen. Die gleichzeitig betonte Preis-
senkungspolitik ist eine feste Entschlossenheit. Ganz abgesehen
davon, daß durch Steuer-, Zoll- und Mietwucher der Reallohn
der Arbeiter und Angehörigen schon fast gänzlich gesenkt worden ist,
wirft sich die Preislenkung nur im Großhandel und in der ver-
arbeitenden Industrie, im Kleinhandel, also in den Preisen der
Massenbedarfsartikel, fast gar nicht aus. Die „Ansturmung
der Wirtschaft“ soll so aussehen, daß die Exportinteressen
der deutschen Kapitalisten auf Kosten eines ungeheuren Lohn-
raubes an den Arbeitern und Angehörigen gefördert werden.
Parallel mit diesem Anschlag gehen die Ausplünderungspläne
des Bürgerblocks auf Gehaltsabbau der unteren und mittle-
ren Beamten, auf weiteren Untergraben und
Abbau der Krankenunterstützung.

(Fortsetzung siehe 2. Seite.)

Der „Sozialismus“ der NSDAP

Wichtiges Diskussionsmaterial, um die von den Hitler,
Goebbels und Konsorten irreführten Proletarier dem
Faschismus zu entreißen. (Siehe im heutigen Blatt.)

Entschlossen vorwärts!

Von Rudolf Renner

Elf Tage trennen uns noch vom Wahltag in Sachsen,
Elf Tage, auf die sich alle Arbeit konzentriert. Das werden
Großkampftage sein. Wiltensnach muß unsere Arbeit durch das
Land hallen.

Wir sind die einzige Partei zur Befreiung der Massen.
Wir allein sind die Partei der proletarischen Revolution.
So müssen wir auftreten. Wir müssen uns selbst darüber klar sein,
wie hart am Rande des Zusammenbruchs die kapitalistische Welt
balanciert. Wir müssen sehen, wie die Krise des Kapitalismus
wächst. In der ganzen Welt! Stürmisch entfaltet sich die pro-
letarische Revolution über China, Indien steht im Kampf,
Marokko in neuen Zuckungen. Die kapitalistischen Länder werden
von Krisen geschüttelt. Eine neue Welle des Kampfes, eine Welle
des Streiks beginnt sich über Deutschland zu entfalten. Die Ar-
beiter kämpfen, ihr Kampf steht unter der Führung der revolu-
tionären Gewerkschaftsopposition. Der Hungerangriff der Kapi-
talisten löst auf Widerstand; es gelingt den reformistischen, sozial-
faschistischen Führern nicht, mit betrügerischen Manövern die Ar-
beiter zu fesseln.

Da wächst unsere Verantwortung, da muß unser Kampf-
wille wachsen und unsere Arbeitsleistung.

Wir müssen uns klar werden darüber: ein Erfolg unseres
Kampfes in Sachsen, die weitere Sammlung breiterer Massen
unter unserem Banner sind bedeutend für die weitere Entwicklung
der Ereignisse in ganz Deutschland, ja darüber hinaus. Heute
steht für uns nicht nur die Aufgabe der breitesten Mobilisierung,
sondern die der Organisation des Kampfes um Arbeit und
Brot und der proletarischen Revolution.

Das durch den Wahlkampf gewonnene Terrain wird uns
die Möglichkeit einer neuen Entfaltung geben; wird der Unterbau
sein für die organisatorischen Vorbereitungen der Kämpfe um
Lohn und Brot für den revolutionären Kampf der Massen.

Deswegen muß sich die Partei in ihrer Gesamtheit der Be-
deutung des Wahlkampfes weit über den Rahmen der Stim-
mzettelabgabe hinaus bewußt sein. Deswegen muß sie alle Kraft
einsetzen, deswegen darf kein Parteimitglied bei der Durchführung
der Arbeit fehlen. Aufklärung der Massen, Gewinnung der Massen,
Aufzeigen der Rolle der Parteien, Aufzeigen unserer Arbeit, un-
serer Tagesforderungen und unserer Endziele — das ist das Ge-
bot, das vor uns steht.

Wenn die Gesamtpartei ihre Pflicht tut, dann werden wir
an große Teile der Bevölkerung herantreten, dann wird und
muß es uns gelingen, aufzuholen, zu gewinnen, die Massen zur
Erkenntnis zu führen, daß nur wir, die Kommunisten, die Partei

Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt

Nur revolutionärer Massenkampf um Sieben-Stundentag bei vollem Lohnausgleich
vermindert die Arbeitslosigkeit!

Dresden, den 11. Juni.

Nach dem neuesten Bericht des Arbeitsamtes für den Frei-
staat Sachsen betrug am 31. Mai die Zahl der Hauptunter-
stützungsempfänger 212 108. Die Abnahme beträgt also in der
Wochenfrist ganze 10 000, dagegen ist die Zahl der Empfänger der
Arbeitsunterstützung um fast 4000 gestiegen. Die Gesamt-
zahl der Arbeitsuchenden beläuft sich auf 371 874
Personen, das heißt daß mehr als 10 Prozent der sächsischen
Arbeitskraft direkt arbeitslos sind, nicht berücksichtigt die Kurz-
arbeiter.

Für die weitere Entwicklung bespricht das Arbeitsamt
keine Besserung. Vor allem im Bauhandwerk herr-
schen erschreckende Verhältnisse.

Für diesen Bericht gibt es keine bessere Begründung für die
Rückwärtsentwicklung der Kampforganisation und der KPD
auf rückwärtsläufige außerparlamentarische Kampf-
führung des Sieben-Stundentages und der 40-Stunden-
Wochen bei vollem Lohnausgleich! Statt diesen Kampf auf brei-
tester Linie aufzunehmen, schließt die Bürokratie die Opposi-
tion aus den Verbänden aus, „arbeitet“ mit den Kapitalisten
gemeinsam die Wirtschaft an, schafft also die Voraussetzungen für
weitere Nationalisierung, für weiteres Massenelend.
Erit vor wenigen Tagen stimmten Sozialdemokraten
und Nazis einen kommunistischen Antrag auf Einführung
des Sieben-Stundentages nicht in den sächsischen Werken im
Leipziger Stadtparlament nieder.

Das kämpfende Bündnis zwischen Betrieb und Stempelstelle
unter Führung der KPD muß die Antwort sein. Wählt am
22. Juni die Liste 3!

Arbeitsbeschaffungsschwindel!

Der Schwindel von der Milliarde, durch welche neue Ar-
beit geschaffen werden soll, der Schwindel, der von der SPD-
Presse besonders groß aufgetrieben wurde, um die empörten Mas-
sen von dem Betrug der sozialfaschistischen Führer abzuwenden,
ist innerhalb 3 Tagen zusammengebrochen. Der „Montag-
Morgen“ teilt mit:

„Sowohl die Post wie die Bahn erklären, daß sie völlig
aufgerieben seien, die geplanten Aufträge zu finanzieren.“

Die „Dresdner Volkszeitung“ hat in einem gro-
ßen Artikel darauf hingewiesen, daß die Young-Anleihe zur Ar-
beitsbeschaffung Verwendung finden könne. Dazu sagt der
„Montag-Morgen“:

„Trotzdem stellen sich sowohl die Post wie die Reichsbahn
nervös auf den Standpunkt, daß die Verwendung dieser Ge-
träge bereits vollständig festgelegt ist.“

Die Post soll aus der Young-Anleihe 160 Millionen er-
halten. Diesen Betrag will das Postministerium aber zur
Auffüllung der Schatzkassen benutzen. . . .“

Weiter heißt es:

„... so behauptet die Reichsbahn, daß der größte Teil
der Gelder, den sie zu bekommen hat, — 240 Millionen — be-
reits in den letzten Jahren vorweg verbaut worden ist,
mit anderen Worten: Zur Bezahlung der Schulden benötigt
wird.“

Die SPD-Führer haben, so bald sie von der Auflegung der
Anleihe hörten, ein Geschrei angestimmt, daß die „Wirtschaft an-
gezurrt“ werden könne. Ihr Schwindel ist schnell zusammen-
gebrochen. Die Antwort muß ihnen am 22. Juni erteilt werden.



Zehntausende demonstrierten in Erfurt! Hunderttausende wählen am 22. Juni Liste 3!

„20 Millionen Menschen zuviel in Deutschland“

Großhauke Hitler als Propagandist für einen Interventionskrieg gegen die „dummen“ Russen

(Arbeiterkorrespondenz)

Bauern. Die Ortsgruppe Bauern der Kommunistischen Partei Deutschlands veranstaltete am Freitag, dem 6. Juni, eine Kundgebung gegen den Faschismus. Auf dem Kornmarkt und Hauptmarkt waren hunderte Arbeiter erschienen.

In der Krone fand die Hitlerverurteilung statt. Eintrittspreis 1 und 2 Mark. Auf den ersten Blick konnte man erkennen, daß hier keine Arbeiterversammlung stattfand. Die Großgrundbesitzer der weiteiten Umgebung waren in ihren Autos erschienen, ebenso das bessere Publikum von Bauern, die Oberen der Jugend und — keine Arbeiter. Alles in allem das Bild der linken Bourgeoisie, mit Verfügungsgewalt.

Hitler, der so recht in diese Gesellschaft hineinpaßt, leitete eine Melodie herunter, aus der kein Mensch Hug werden konnte. Er sprach von Rassen und Völkern, wie ein Privatbesitzer. Koloniale Weisheit verzapfte er über die Kammer.

Das deutsche Volk hat zu wenig Raum. 20 Millionen Menschen leben zuviel in Deutschland. Ausland, welches manchmal größer ist wie Deutschland, hat Platz genug für unsere Menschen. Der Russe verdient den Grund und Boden nicht, weil er so dumm ist. Nur die Nation, die Hug und hart ist, hat Anspruch auf Erbherrschschaft. Der Nationalsozialismus steht in seinen Rechten nur die besten und intelligentesten Leute. Deutschland ist nur deshalb unterlegen, weil der Marxismus unfähig ist, ein Volk zu regieren.

Dann verzapfte er etwas vom Marxismus, operierte mit Schulheiligen, über die jedes Kind lachen muß, und schimpfte auf die Kommunisten. Kein Wort sprach der Propagandist von den Juden. Nicht ein Wort von den Sozialdemokraten. Kein Satz, worin das Wort „Jude“ oder „Sozialdemokrat“ vorkam. Deshalb sagten einige Versammlungsteilnehmer, Hitler hat geäußert. Die ganze Szene dieses Faschisten galt den Kommunisten und der Arbeiterheit, die mühte man mit aller Schärfe bekämpfen, sonst, Hitler sagt, ist die Wahrheit!

Einmal kann die Stunde kommen, wo sich die Proleten vor das Richteramt bringen werden.

Und mit diesem Satz hat sich Hitler deutsch genug ausgedrückt. Wir Kommunisten haben das Gesicht dieser faschistischen Banditen schon längst erkannt, wir werden den Kampf spärlich mit ihnen aufnehmen. Wir werden dafür sorgen, daß sich eines Tages die Proleten vor das schließliche Gericht stellen und Gericht halten werden. Kein Arbeiter aber soll verlaunzen, am 22. Juni der Liste 3 keine Stimme zu geben. (1378)

Nazis auf Stimmenfang

München. Wie überall, versuchen auch hier wieder die Nazis ihren demagogischen Kavaliers auf den Markt zu bringen. Erhalten werden sollen 20 Mann Sozialisten ungefähr 30 Personen. Dazwischen einige faschistische Spitzel. Der Redner, Maxime Hartwig aus Jittau, verappte genau denselben Quatsch, den er schon in einer früheren Versammlung in Willhen pathetisch zum Ausdruck brachte. Wieder operierte er gegen die Erschließungspläne, gegen das Judentum (ihre Weltanschauung) und gegen die „Inselwirtschaft“. Lange Zeit wimmerte er dem Plauderer, daß die Nazis zu demagogischen Zwecke bekämpft haben, um desto besser im träumen können. Thüringen, das Kapitalisten, wurde vom Redner besonders bevorzugt. Iudensische Arbeiterheit muß am besten, daß die Vertreter des „dritten Reiches“ an sich selbst zuerst denken. Geht es um die Winterzeit, dann hört der Kampf gegen den „Stinken und verfaulten Parlamentarismus“ auf.

Die anwesenden Arbeiter haben den Nazis in nicht misszuverstehender Weise die Meinung gesagt. Die Erklärung eines Arbeiters, daß sich die Nazis Arbeiterpartei nennen und dennoch große Summen von den Kapitalisten (dem wirklichen Judentum) annehmen, brachte den Maxime Hartwig hilflos in Verwirrung. Er konnte nur mit Schimpfworten erwidern. Die Sozialisten beschwerte er als ein „sehr kapitalistisches Land, wie jedes andere, da die Sozialisten den Kapitalisten Konzeptionen made und nicht immer gegen die „Inselwirtschaft“.

Das Gewand der Nazis kann den Vormarsch der Sozialisten nicht aufhalten. Die Nazis und Morogjaner der Nazis zeigen uns die feige Kunst vor der kommenden Auseinandersetzung mit dem vereinigten Proletariat. Blickt eines jeden Kommunisten in es, an jeder Stelle und zu jeder Zeit den Arbeitern die Augen zu öffnen über die ideologische Demagogie der Nazis. Der Kampf gegen den Faschismus muß die Arbeiter aller politischen Richtungen zu einer letzten Front zusammenschließen. Der Papierkrieg der Sozialdemokraten schlägt den Faschismus nicht, sondern führt die Arbeiterklasse zur Deffenz. Arbeiter, gebt den faschistischen Betrügnen und Arbeitermördern die richtige Antwort! Geht am 22. Juni der Kommunistischen Partei eure Stimme! Wählt Liste 3!

Ein früh-fremd-freier Rebolberheld

(Arbeiterkorrespondenz)

Dippoldswalde. Schneidemeister Brisch, ein Mann, den wohl jeder Dippier Arbeiter kennt, belächelt den Posten eines Hausmeisters an der städtischen Turnhalle und ist selbstverständlich auch Mitglied des städtischen Turnvereins. Also auch sonst eine markante Persönlichkeit. In demselben Gebäude, wo der Schneider haust, wohnt noch ein Mieter namens K. Ein Streit, hervorgerufen durch das Benehmen der Walch, veranlaßte den treuherzigen Schneider, mit dem Renalier in der Hand herumzutroteln. Durchs Balkenfächchen in seine Wohnung zielend, argüerte er folgendes: „Mit diesem Dinge da werde ich mir bald noch euch Ruhe verschaffen“. Die Waffe, ein Eisenschlüssel, ist nun der Polizei beschlagnahmt worden. Wir sind gespannt, was nun weiter folgen wird. Vor allem rufen wir dem Schriftleiter von „Dippoldswalder Tageblatt“, Herrn Hausmeister, mal gehörig die Knie in diese Angelegenheit zu Boden und die Deffenzlichkeit von diesem Kalle zu unterstützen. Am übrigen appellieren wir an die Arbeiterheit von Dippoldswalde: am 22. Juni wählt Liste 3. (1372)

Auf zur Land-Bezirkskonferenz im UB Dippoldswalde

Genossen und Genossinnen! Wieder soll ein neuer Schlag gegen die Erwerbslosen durchgeführt werden. Erwerbslose, wehrt euch gegen den neuen Raubzug. Die Erwerbslosen von Flossenbürg und Umg, nahmen zu den letzten Ereignissen Stellung und begrüßten die eiderufenen Konferenzen. Sie wählten

Konferenz der revolutionären Textilarbeiter der Oberlausitz

am Sonntag, 15. Juni, 9 Uhr in Ebersbach, Stadt Leipzig.

Tagesordnung: Die Lohnabbauffensive des Unternehmertums und der Kampf der Textilarbeiter um höheren Lohn.

Kolleginnen, Kollegen, wählt in allen Textilbetrieben Delegierte zu dieser Konferenz!

loiert Delegierte. Aber nicht nur die Erwerbslosen müssen Delegierte wählen, sondern ein Appell an alle Betriebsräte, Betriebsarbeiter, Handarbeiter, Kleinrentner, Freiberufler, Sportler und alle revolutionären Organisationen muß ergoßen, heißt den neuen Raubzug abzuwehren und wählt Delegierte zur UBR, die am 16. Juni im Rathhof Pilsend 20 Uhr, stattfinden.

Die Zeitung, UB-Konferenz.

Der „gebildete“ Gutsbesitzer Wählig

Gorfnik. Du verlässliche Mittel, wenn du deiner Weg gehst, schlaue ich dich rot. Du gottverdamneter Hund du Zige. Dies sind einige Traben aus dem Wortkram des Gutsbesizers Georg Wählig. Die Glad Martha Kogel war bei ihm in Stellung. Als sie kündigte, bekam sie vom „Cheh“ Hebe, so daß ihr die Zähne bluteten. Der Arbeiterheute von Gorfnik ist zu empfehlen, sich diesen Herrn einmal genau anzusehen. KR 1353.

Kapitalbildung auf Kosten der Kranken

Nichts anderes wie Lohnabbau ist die Verschlechterung der Krankenversicherung, durch die die jährlichen Ausgaben der Krankenkassen um 300 Millionen RM gesenkt werden sollen. Vorbereitet von der sozialdemokratischen und ähnlichen Gemeindefunktionäre, steht die Durchführung des Attentats auf die Kranken durch die Brüning-Regierung bevor. Kämpft gegen dieses Verbrechen! Wählt Delegierte zum Reichstag der UBR am 14. und 15. Juni in Dresden!

Der reaktionäre Haushaltplan Großröhrsdorfs

Großröhrsdorf. Der außerordentliche Haushaltplan, der mit einem Defizit von 87.000 Mark abschließt, ist in der letzten Stadtsitzung von den Bürgerlichen und der SPD mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt worden. Dieser Antrag, die eingeleiteten 10.000 Mark für den neuen Pabbauf auf 20.000 Mark zu erhöhen, wurde abgelehnt. Dazwischen stimmten nur unsere Genossen und zwei Sozialdemokraten. Bezeichnend ist, daß auch der Vorstandsmitglied der Arbeiter-Lern- und Sportvereins, der unter den Abschnern der Erhöhung befand, die Arbeiterkammer können sich also der ihrem Vorhaben bedauern, daß der Pabbauf noch länger verschleppt wird. Am den Erwerbslosen schlechtesten Arbeit zu beschaffen (Köber-Regulierung, Straßen, Wasserleitung und Pabbauf), stimmten unsere Genossen für die Mittelherkunft, was nun den Sozialdemokraten nicht in den Kopf wollte. Sie können es nicht verstehen, wie man praktische Gemeindepolitik zum Nutzen der Arbeiterklasse treibt. Sie hätten zu gern Agitationsmaterial für die Erwerbslosen gegen die Kommunisten gehabt.

Der Rat wollte auch die Beschäftigten im Versorgungsbereich heranziehen und statt bisher 1,40 Mark nunmehr 1,84 Mark erhöhen. Unsere Genossen wählten erneut darauf hin, daß vom Kalle alles verdrängt wird, um nur das Proletariat zu belächeln, und daß man zu gern auch den armen Gemeindefunktionäre ihre paar Pfennige ganz abnehmen möchte. Auch hier war der Antrag in der geheimen Sitzung verschleppt worden, damit die Mandatsträger des Rates nicht an die Deffenzlichkeit kommen sollten. Trotz der Drohung des Bürgermeisters, wenn die Stadtverordneten weiter solche Beschäftigte wählen, die immer die Stadt belächeln, so mußte einmal etwas anderes gelächelt werden, nämlich die einigstimmige Ablehnung der Amtshauptmannschaft, wurde beschlossen, es bei den alten Beschäftigten zu belassen. (KR 1356)

Die Stadt hat für die Proleten und Erwerbslosen nichts übrig

Großröhrsdorf. Nachdem der kommunistische Antrag auf Abmonatierung des „kommunistischen Gemeindefunktionsärs“ auf Kosten der Stadt auf Antrag des Sozialdemokraten Bodan in der letzten Sitzung in den Verfassungsausschuß verschleppt worden war, beschloß er in dieser Sitzung den Antrag erneut zu versagen. Der

Gelehes- und Ordnungshüter D. Rüger

erhält 200 RM Geldstrafe wegen Betrugs

(Arbeiterkorrespondenz)

Mulda. Der Holzmaterialfabrikant und stellvertretende Bürgermeister D. Rüger war am 26. November 1929 von dem Schöffengericht Brand-Erbisdorf von der Anklage der Beihilfe zum Betrug freigesprochen worden. Rüger hatte in den Monaten Juni und Juli 1929 zwei erwerbslose Arbeiter längere Zeit beschäftigt. Die Lohnbehaltsungen für die Arbeiter aber waren jeweils nur auf einen bzw. zwei Tage ausgestellt worden, damit diese ihre Erwerbslosenunterstützung weiterbezogen könnten. Durch Zufall kam der Schwundel ans Tageslicht. Vom Arbeitsamt wurde festgestellt, daß durch diese Manipulationen die Arbeitslosenversicherung in 2 Fällen um Beträge von etwa 100 RM gekürzt wurde. Die Arbeiter erhielten wegen Betrugs je 50 RM Strafe.

Gegen das freisprechende Urteil im Falle Rüger legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. In diesem Termin verurteilte er, sich von Gericht wiederum reinzuwaschen. Er sei über die Bekämpfung der Arbeitslosenversicherung nicht informiert gewesen! Der Staatsanwalt hielt die Beihilfe zum Betrug für erwiesen und forderte 200 RM Geldstrafe. Der Verteidiger forderte Freispruch, da Rüger in Mulda ein angesehenes Bürger und stellvertretender Bürgermeister sei. Das Berufungsgericht hob das Urteil der 1. Instanz auf und verurteilte Rüger wegen Beihilfe zum Betrug in zwei Fällen zu 200 RM Geldstrafe. Ruam sind einige Monate vergangen, wird uns aus dem Betrieb bekannt, daß Arbeiter nun 6 Uhr bis 9 Uhr Tagess um 2,30 Uhr arbeiten. Also mit Pausen volle 18 Stunden Arbeitzeit. Einen Betriebsrat gibt es in diesem Betriebe nicht. Die Arbeitzeit beginnt um 6 Uhr. Nach der Mittagspause kann jeder Arbeiter so lange arbeiten, wie es ihm gefällt — und wenn es bis anderen Tages um 2,30 Uhr ist. In diesem Betriebe gibt es weiter nichts als ein Durcheinander. Ordnung ist kein Name. Rüger, als stellvertretender Bürgermeister mit Polizeibefugnis, hat seinen Schutz als „angesehener Bürger“. — Erwerbslose und Arbeiter von Mulda! Seht zum diesen Betriebe genau an! Sorget dafür, daß diese Ueberlöhnerheberei ein Ende nimmt. Am 22. Juni zur Landtagswahl wählt Liste 3, die Partei des wertvollen Volkes, die Kommunistische Partei. (1364)

SPD stützt deutschnationalen Vorkämpfer

Großröhrsdorf. Im Gegensatz zu früheren Jahren war trotz Eintritt der wärmeren Jahreszeit die Zubehörsitzung bei der letzten Gemeindefunktionärsitzung wieder recht gut besucht. Da als erster Punkt der Tagesordnung der Vertrauensantrag der SPD gegen den Stadtschulordnungsreferenten zur Beratung stand, übernahm dieser den Vorsitz an den 1. Stellvertreter. Genosse Kuschke begründete den Vertrauensantrag und führte aus, daß die Vorhänge in der letzten Sitzung, besonders die ungeschickliche Räumung der Tribüne, nicht geeignet seien, dem bisherigen Vorkämpfer in seiner Amtsführung Vertrauen entgegenzubringen. Bei der Unterzeichnung dieses Antrages verließen die KSP und SPD die Unterzeichnung, so daß der Antrag nicht beraten werden konnte. Genosse Kuschke wies die SPD mit Recht auf die Rolle hin, einem deutschnationalen Vorkämpfer das Vertrauen auszusprechen. Auch der Antrag der Einwohnervereine zum Lohn, die in der letzten Sitzung nicht behandelten Löhnsatzungsanträge erneut zur Verhandlung zu stellen, wurde von allen anderen Parteien niedergelassen. Während die Hauswaller Sozialdemokraten dem Untertragungsgeheim der Internationalen Arbeiterhilfe zugestimmt hatten, schied in Großröhrsdorf alle Parteien, außer der KSP, dem Renegaten Hermann Schone und dem Sozialdemokraten Kneißel, das Untertragungsgeheim ab. Die Sozialisten entschlössen sich immer mehr, und es ist gut zu sehen, daß ihre Rolle in den Stadtschulordnungsversammlungen durch unsere Genossen der anwesenden Einwohnervereine während aufgeklärt wird, dadurch wird wohl endlich einmal Einigkeit in den Arbeiterheuten einleuchten. (KR 1362)

Gegen Youngplankumpanei wählen wir die Liste 3!

Wie der Youngplan sich auf den Haushalt unserer Gemeinde auswirkt

(Arbeiterkorrespondenz)

Hirschfeld. In der am Freitag dem 30. Mai stattgefundenen Gemeindefunktionärsitzung kam unter anderem der Haushaltplan der Gemeinde zur Beratung. Der Haushaltplan schließt mit einem Defizit von 26.857 Mark ab. Zu den verschiedenen Kapiteln wurden von Gen. Rau Änderungsanträge gestellt, die natürlich von der sozialdemokratisch-bürgerlichen Mehrheit reißlos abgelehnt wurden. Zum Kapitel „Steuern“ wurde von Gen. Rau erklärt, daß die Zuschläge von der Grund- und Gewerbesteuer, wie Biersteuer und die neue Anlaufsteuer grundlegend abzuheben seien, da wir in diesen Steuern nur eine Klassenbesteuertsteuer erblicken. Es ist bezeichnend, daß ein Steuer, die die bestehende Klasse treffen würde (wie Weinsteuer) herumgegangen wird. Zum Kapitel „Gemeindevwaltung“ stellte Gen. Rau den Antrag, daß das Haushaltjahr aller Beamten von Hirschfeld die Summe von 500.000 Mark jährlich einschließlich aller Vergütungen um 10% nicht übersteigen dürfe. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Sprecher der SPD, zu gleicher Zeit Gemeindefunktionär, eine besondere Freude der sozialdemokratischen Protektionen, brachte es fertig, in besonderen, hochschwierigen Tönen gegen den Antrag des Genossen Rau zu sprechen. Es ging daraus hervor, daß er die hohen Gehälter der betreffenden Beamten für angebracht hält. Also, daß der Beamte mit einem Gehalt von 400 Mark pro Monat nicht auskommen könnte, wohingegen seine Partei noch dafür eintritt, daß man den Erwerbslosen und Ausgesackerten bei ihren Hungerpfeiligen den Exzessor auf den Hals schießt. Die gebührende Antwort erhielt er gleich andrückend vom Gen. Rau, der im besonderen die Reichspolitik der SPD in Bezug auf Gehaltserhöhung hervorhob. Nicht Abbauf, sondern Aufbauf der Gehälter ist das Prinzip dieser faschistischen Partei. Bei der Beratung des Neubaus eines Babes beantragte Genosse Rau, 5000 Mark für Errichtung eines solchen einzulösen. Hierzu bemerzte wiederum die SPD-Deputierte, daß der Bau eines Babes schon lange in Angriff genommen worden wäre, wenn man das hierzu nötige Gelände gefunden hätte. So wie die SPD im Reichsmajestä ihre Wähler Betrügnungen engros macht, geht es auch in Hirschfeld. So hat diese Partei in ihrem Wahlkampf den Arbeitern von Hirschfeld versprochen, ein Bad für Hirschfeld zu errichten zu lassen. Dies geschah im November vorigen Jahres, und heute kommt man mit dem Bau des Bades noch nicht an.

und „Zurück“ konnte der Gen. Rau die Youngplankumpanei auf Grund der Auswirkungen dieses Planes ordentlich in die Länge nehmen. Er führte dazu aus, daß bei diesem Kapitel nicht niedrigere, sondern höhere Summen für die von der kapitalistischen Gesellschaft ausgebeuteten Opfer einzuweisen sind. Die von Gen. Rau beantragten 500 Mark für Aussetzungsfürsorge-Beihilfen (Nicht, Licht usw.) wurden abgelehnt. Der gesamte Haushaltplan wurde von unseren Genossen abgelehnt. Diese Ablehnung brachte die SPD und besonders den SPD-Gemeindefunktionär Dutschmann in Harnisch. Bei seinen im vollen Jahn gemachten Ausführungen verhielt er sich. Unter anderem mußte ein „Arbeit-brüder von Reichensau als Kronzeuge herhalten. Die Kommunisten hatten in einer geheimen Sitzung gegen die Stundung der Grunderwerbsteuer, welche die SPD in Vorhug gebracht hat, gestimmt. Hier sollte der Beweis erbracht werden, daß die Kommunisten nicht für, sondern gegen jedwede Eingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß sind. Ganz abgesehen davon, daß durch diese Erklärungen der SPD-Mann Dutschmann kein Parteienappell bei den Zuhörern nicht stehen konnte und im Verlauf der Ausführungen der SPD-Vorkämpfer es nicht für notwendig hielt, seinen Genossen das Wort zu entziehen, war die Schwiegerpflicht, die den Betroffenen im besonderen auferlegt ist, gebrochen. Dies veranlaßte nun unseren Gen. Rau, trotz der auferlegten Schwiegerpflicht, auf die Ausführungen des SPD-Mannes Dutschmann einzugehen. Hatte der SPD-Vorkämpfer Nagel bei seinem Genossen Gnade walten lassen, begann er sich aber sofort auf die Gehaltsordnung, als Genosse Rau zur Sache sprach. Der SPD-Vorkämpfer wollte dem Gen. Rau wiederholt das Wort entziehen. Seine Macht reichte aber nicht aus, zu verhindern, daß Gen. Rau Stellung zu der Stundung der Grunderwerbsteuer und der Handlungsweise des SPD-Vorkämpfers Nagel im besonderen nahm. Zur Sache selbst führte er aus: Unsere Genossen müßten die Stundung der Grunderwerbsteuer ablehnen, da diese Stundung vom kommunistischen Standpunkt betrachtet ein Gehalt für die Kapitalisten ist. Aus Erfahrungen heraus werden solche geldwerte Summen spärlich als Gehalt verabschiedet. Erwerbslose sind in Hirschfeld vorhanden; Mühlstraße 154, Weichstraße 11, Ausgehstraße 27 und 6. Aus nordwärts kann die Gehaltszahlung

Panzerkreuzer Sozialisten und Rote Armee

Ein Redakteur der Hermann-Müller-Partei befeuert die Armee des revolutionären Weltproletariats

... Unter den Feuern und über den Schreien und für den Schreier nicht gerade begeisterten Zuhörern, die dem Panzerkreuzer und den Rote Armee — eine Schule der Kultur und Gesundheit? Die Armee — eine Schule der Kultur? Das hätte auch einen Unteroffizier Kaiser Wilhelm III. geheißen!

Unsere Antwort

Einer der schärfsten Gegenkräfte zwischen den kapitalistischen Staaten der ganzen Welt und der Sowjetunion kommt zum Ausdruck, wenn man sich des Militärwesens hier — und dort betrachtet, worauf beruht die Struktur der kapitalistischen Armeen, ist es auf Grund allgemeiner Wehrpflicht gebildet oder aus Soldnern zusammengewürfelt?

Die Armeen der kapitalistischen Staaten

haben stets innerpolitisch die Aufgabe, die herrschende Klasse ihres Landes gegen „Anschläge von innen“ her, d. h. gegen das revolutionäre Proletariat zu sichern; zweitens sollen sie im nächsten imperialistischen Kriege gegen die Sowjetunion, als Interventionstruppen für die Raubgewinne ihrer orientierenden Selbstherrscher und deren kapitalistischen Struppensicherer auf ihre Klassenpolitiken (die „Heimde“) ziehen.

Es besteht zwischen Vorgesetzten und Mannschaften ein „Verhältnis“, das überall seine Klassenmäßigkeit beweist: Offizier und Soldat — zwei Welten, das zwischen das Wort „Disziplin“ und die Phrase vom kapitalistischen „Vaterland“ (der Ausbeuter!). Das ist die eine Seite. Nun die andere. Worauf beruht die Struktur der einzigen Armee, die den Interessen der Arbeiter und Bauern dient und ausschließlich — vom Kettens bis zum Kommandeur — aus Arbeitern und Bauern zusammengesetzt ist? Die Rote Armee ist seitens keine „nationale“ Armee.

Die Rote Armee ist die Armee des internationalen Proletariats

Es ist die Armee der revolutionären, Klassenkämpferischen Arbeiterklasse der ganzen Welt. Die Rote Armee in der Sowjetunion (nicht der Sowjetunion — denn sie ist ja eben nicht ein bestimmtes „nationales“ Volksglied gebunden) hat seitens innerpolitisch die Aufgabe, den sozialistischen Aufbau mit Rat und Tat zu unterstützen, den Arbeiter und Bauern auf jede Weise bei der Industrialisierung und bei der Kollektivierung der Landwirtschaft behilflich zu sein; sie hat fernerhin die Aufgabe, sich zu schulen und zu bilden, um nach Beendigung der Dienstzeit das neuverworbene Wissen bis in die fernsten Gegenden, bis ins kleinste Dorf zu tragen; sie hat die Aufgabe, als „Ebel“ bestimmte Kollektivwirtschaften auf der Grundlage des sozialistischen Weltbegriffs zu fördern und hochzubringen; zweitens außenpolitisch soll die Rote Armee in Solidarität mit dem internationalen Proletariat gegen die imperialistischen Ausbeuter verteidigen. In der Rote Armee besteht außerordentlich

kein Unterschied zwischen Vorgesetzten und Mannschaften

keine Größendifferenz, kein Eherverbot, kein entwürdigendes Strammhalten. Dafür politische Schulung, Gesundheitspflege, Aufklärung über den Stand der Arbeiterbewegung, Selbstbetätigung (Klub, Wandzeitung usw.). Die Rote Armee arbeitet mit dem Proletariat engstens zusammen; sie ist ein Bestandteil des Proletariats (nicht ein Unterdrückungsinstrument, wie die Armeen der kapitalistischen Staaten). Sie hat alle

politischen Freiheiten, aktives und passives Wahlrecht (was fast nirgends bei den Armeen der kapitalistischen Länder der Fall ist).

„Die Rote Armee ist eine Schule der Kultur und Gesundheit.“

Gegenwärtig existieren in der Rote Armee: 797 Klubs, 5383 Lentineden, 8362 Bibliotheken, 9545 Zettel, 3529 Schulen für allgemeine Bildung, 8261 Wandzeitungen. Die politische Schulung, die in den kapitalistischen Soldnerheeren aus Furcht vor der Erkenntnis der einfachen Soldaten, aus Furcht vor der berühmten „Jerkung“ möglichst vermieden wird, nimmt einen sehr großen Teil der Dienstreise ein. Ebenso die hygienische Aufklärung. „Der hygienische Unterricht ist ein unerlässlicher Bestandteil der allgemeinen Ausbildung jedes Rotarmisten und roten Matrosen.“

Vergleichen wir den Gesundheitszustand in der zaristischen (1913) und in der Rote Armee (1929). Auf je 1000 Mann entfielen Tripperfälle: 1913 23,2, 1929 15,8; Todesfälle durch Krankheit: 1913 4,93, 1929 1,21. Von je 1000 Mann wurden der sachgemäßigen Behandlung unterzogen: 1913 2,3, 1929 432,6 (!). Diese wenigen Zahlen genügen.

Die Rote Armee ist das Heer der Arbeiter und Bauern der ganzen Welt. Sie ist nicht die Armee der Sowjetunion, sondern die Armee des internationalen Proletariats.

Die Lügen vom „roten Imperialismus“ und „roten Militarismus“

Sind zu dumm und zu plump, als daß man sie an dieser Stelle noch einmal widerlegen müßte. Das ist unnötig. Das revolutionäre Proletariat und sein Vaterland, die Sowjetunion, muß notgedrungen von den Imperialisten und ihren Kaffien, deren Presse und deren Betreibern verleumdet werden. Sonst könnten die wertvollen Massen ja die Wahrheit erkennen — und das will man mit allen Mitteln verhindern.

Die Rote Armee als Verteidigerin des revolutionären Proletariats pfeift auf den Dreck dieser Verleumdungen. Denn sie ist sich klar bewußt, wofür sie kämpft: nicht für ein imaginäres „Vaterland“, nicht für „unser“ Kolonien, nicht für die kapitalistischen Profitbanken, die sich jeweils „national“ gebärden — nicht für die kapitalistische Ausbeutung, sondern: für die Arbeiterklasse, für den Sozialismus, für die Revolution!

Arbeiterverräter sind am Werk

Arbeits- und Kriegssopfer, nicht verwirren lassen!

Die in der Arbeiterbewegung recht übel bekannten Herren Giebler, Gumprecht, Fleischer, Schludmerder wollen sich eine Einnahmequelle schaffen. Es wird unter dem Decknamen „Deutscher Invalidenbund“ ein Büro aufgemacht, Verammlungen werden einberufen und anderer Unfug mehr angeht.

Sind sich die Kriegs- und Arbeitsopfer schon um die Einnahmequellen dieser Herren gekümmert? Es gibt keinen „Deutschen Invalidenbund“, es gibt aber ein Rechtsbüro „Schludmerder“, welches unter die Lupe genommen werden muß.

In Leipzig, wo Gumprecht, Giebler und ihre Freunde, die ebenfalls wegen organisatorischer Verhältnisse aus dem Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit ausgeschlossen werden mußten, die gleichen Dinge durchzuführen, ist das Manöver dieser Herren bereits erkannt worden. Dort hat Gumprecht in einer rein bürgerlichen Tageszeitung Offerte gemacht

für das von ihm erstellte Rechtsbüro, indem er gegen Bezahlung Gehälter ansetzt und Rechtsauskunft erteilt. In Leipzig haben sich die Spalter schon wieder gespalten und den Invalidenbund wieder aufgelöst. Nun versuchen sie ihr Heil in Dresden. Hier wollen diese Herrschaften einen „Deutschen Invalidenbund“ gründen. Dazu sollte eine von diesem Gumprecht und Giebler einberufene Mitgliederversammlung am 4. Juni 1930 im Restaurant „Stadt Dresden“, Oederweher Straße, dienen. Ohne überhaupt Organisationsstatuten zu schaffen, macht diese Drei-Männer-Ligue ein Geschäft auf, in dem Autos verhöhen und andere ähnliche Sachen vollbracht werden, die mit einer Rechtsauskunft nichts mehr zu tun haben.

Der Anhang dieser Giebler, Fleischer und Schludmerder ist auch entsprechend, d. h. sie haben keinen. Beweis dafür ist die Verammlung am 4. Juni, bei der sie vor leeren Tischen saßen, nachdem diese Herrschaften die Mitglieder des Internationalen Bundes mit Hilfe der Polizei aus der Verammlung hinauswarfen. Sie fürchten also die Wahrheit und Kritik und haben Schutz bei der Polizei.

Trotzdem der von diesen Verrätern mit in die Verammlung gebrachte Anhang nur 4 Leute umfaßt, nahm das Dreiblatt die Wahl zum Vorstand vor. Giebler wählte sich selbst als 1. Vorsitzenden, Fleischer wählte sich als Rechtsberater, Schludmerders Frau wird Kassiererin (man will sie wohl kassieren?)

Kriegs- und Arbeitsinvaliden! Seid euch darüber klar: Wer heute, wo das oberste Gebot ist, eine geschlossene Kampffront aller Unterdrückten gegen die Unterdrücker zu schaffen, eine neue Organisation gründet aus persönlichen Interessen, wer damit die bestehende, im höchsten Erstaten begriffene revolutionäre Organisation, den Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit spalten will, ist ein Verräter an der Arbeiterklasse.

Darum aufgepaßt, diesen Herren auf die Finger gesehen, sie sind Elemente, die sich als Arbeiterverräter in der Arbeiterbewegung schon sehr ausgezeichnet haben. Bedenkt, daß der „Deutsche Invalidenbund“ Vertretungen vor den Versorgungsinstanzen nicht durchführen kann, denn diese Geschäftsmacher werden abgelehnt.

Die Geschäftsmacher von Gotta und Umgebung machen wir darauf aufmerksam, daß Herr Fleischer, der sich heute noch mit dem Abweichen des Internationalen Bundes schmückt und im Namen des Internationalen Bundes viel riskiert, nicht mehr Mitglied unserer Organisation ist.

Wer mit diesen Elementen geht, stellt sich mit ihnen auf gleiche Stufe. Wir erklären euch, daß es nur eine Organisation gibt, die in der Tat die Interessen der Kriegs- und Arbeitsopfer vertritt, und das ist der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.

Das Fürsorgeamt läßt plündern ...

(Arbeiterkorrespondenz)

Das Dresdner Fürsorgeamt sollte eigentlich gezielte Bestimmungen kennen. Sicher wird das auch der Fall sein. Trotzdem aber läßt sich das Fürsorgeamt über die geistlichen Bestimmungen hinweg. Da ist z. B. der Tabakarbeiter Otto Niekohl, Pflanzengasse 18 wohnhaft, vom 1. Februar bis 21. April wegen einer schweren Tuberkulose erwerbsunfähig, krank. Am 25. 4. tritt er keine Arbeit wieder an. Er soll in einer Lungenerkrankung untergebracht werden. Am 4. Juni wird ihm im Lohnbüro mitgeteilt, daß ein Zahlungsbefehl und Pfändungsbeschluss vorliegt, monatsweise seinem etwa 48 Mark betragenden Lohn 34,90 Mark zu plündern seien. Ihm bleiben also etwa 10 Mark, mit denen er samt Frau und zwei Kindern auskommen soll. Das Fürsorgeamt hat also irgendeine Forderung und zwickelt sie bei. Treibt sie bei, ohne sich darum zu kümmern, ob der betriebsübliche Beitrag überhaupt in keiner Höhe plünderbar ist. Wie nageln diesen Fall von Willkür der Fürsorgestellen der sozialen Stadt Dresden an. Das ist Sozialfürsorge, wie sie den Herren am 27. Führer und Köch als Ideal vorhält! (1930)

Anmerkung der Redaktion: Wir geben die vorstehende Arbeiterkorrespondenz im Original wieder, obwohl sie auf einer falschen Annahme beruht. Tatsächlich ist nämlich der Fall in Dresden nach gerichtlichen Entscheidungen „berechtigt“, da es sich um eine Rückzahlung für Unterhaltspflicht handelt, Abzüge in der Höhe zu veranlassen. Trotzdem aber ist dieser Fall ein beispielloses dastehender Skandal.

Nadelstichpolitik gegen das rote Gotta

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Kommunistische Partei hatte beabsichtigt, im Altgotta eine Propagandastraße zu errichten. Das Polizeipräsidium hat „aus allgemeinen verkehrsmäßig und sicherheitspolizeilichen Gründen“ die Aufstellung verboten. Glaubt man im Polizeipräsidium mit derartigen Nadelstichpolitik kommunistische Propaganda schmutzlegen? Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht! (1930)

Altecktheater. Die seltsame Ersellung ein Lustspiel von Prosser und Stein, ihr Sachliche geschrieben. Anschein, daß die Direktion des Altecktheaters bei ihren Entscheidungen glaubt, daß noch in der Zeit der wilhelminischen Herrschaft zu befinden, denn sonst hätte sie nicht ein solches Stück auf den Spielplan bringen.

Sozialdemokrat Rösch als Mieter „freund“

„Klagen und Beschwerden der Mieter können mir nicht imponieren“

(Mieterkorrespondenz)

In Tschau wurden in ein neuer Häuserblock entstanden. Erbauer dieser Wohnungen ist die Gewog (Gewerkschaftige Wohnungsgesellschaft) für Arbeiter, Angestellte und Beamte. Der Geschäftsführer dieser Gewog ist Herr Rösch. Und wie führt Herr Rösch die Gewog? Er führt sie so, daß heute unter der Mieterchaft ein allgemeines Unwohlsein verbreitet ist, daß es Proteste und Beschwerden hagelt, die aber Herr Rösch, um mit leinen eigenen Worten zu reden, „gar nicht imponieren“. Trotzdem: Rösch wittert Gefahr. Er ruft eine Mieterversammlung ein. Papi dort einen Schmus los, daß man abgeben könnte, er sei der Schutzengel aller Mieter. Selbstherrlich behauptet er, das, was die Gewog den Mietern anbietet, läge lediglich im Interesse der Mieterchaft. Wie verhält sich aber Herr Rösch, als Protest auf Protest, und oft lärmlich und geschloffen aus der vollen Verammlung losbrach und die ganze Mieteröffentlichkeit des Herrn Rösch von den Rednern antwortete wurde. Einheitsfag kam der Verammlung, den von der Gewog entworfenen Mietvertrag wegen seiner völligen Rechtslosigkeit der Mieter nicht anzunehmen, nicht zu unter-

Schreiben. Der Vertreter der Mieterorganisation erklärte, er kenne in ganz Dresden nicht einen solchen realistischen Mietvertrag, wie ihn die Gewog ihren Mietern zumietet. Kategorisch erklärte er, der Mietvertrag wird nicht angenommen. Stürmische Zustimmung. Rösch wird nervös, antwortet, pöbel. Stellt die vorgebrachten Beschwerden als „Klauderelien“ hin, den Rednern wird er Reichrätlichkeit vor, fängt an zu schulmeistern. Aber er ist ein schlechter Schulmeister. Die Mieter bleiben ihm die richtige Antwort nicht schuldig. Schließlich redet Rösch „ernst“, wie er beliebt zu sagen, und erklärt den Mietern und insbesondere der Mieterorganisation: „In die Gewog sind die Pläne und Abmachungen fallen wir uns von niemandem hineinzureden, mag sein, wer es will.“ Na, Herr Rösch, das werden wir Ihnen bald beibringen, daß wir Mieter hineinzureden haben. Die Verammlung war der Anfang dazu. Wir Mieter werden den Mieterratschlag (heißt es Herr Rösch geglädt, denke ich zusammenzuschreiben, wie er ihn braucht) schon in Bewegung setzen, damit unsere berechtigten Interessen gewahrt werden. Amtag das der Mieterratschlag nicht fertig, nun, dann sind wir Mieter selber da. (1930)

Massenbeteiligung am Reichstongreß der Urlo!

60 sächsische Delegierte zum Urlocongref gemeldet

Vom Landesausschuss Sachien der Urlo erfahren wir, daß bisher 60 sächsische Delegierte zum Urlocongref gemeldet wurden, davon allein 30 aus Kriegs- und Arbeitsopferorganisationen. Starke Delegationen entsenden die Mietervereine und die heuererregungspolitischen Organisationen, wie der Reichsbund für Lebensreform und Sexualhygiene, der Bund zur Reinhaltung der Familie, Bund der Kinderreichen usw. Auch die Gruppe „Arbeiter Menschen“ Dresden beschloß die Entsendung eines parteilosen Genossen zum Kongreß. Desgleichen werden die oppositionellen Arbeiter-samaritaner freitags vertreten sein. Wie weiter mitgliedert wird beschloß auch der Betrieb Seidel u. Kaumann die Entsendung einer Vertretung. Angesichts der Bedeutung der Urlocongref fordern wir die Dresdner Arbeiterchaft auf, in dieser Woche noch in allen Betrieben und Stempelstellen zum Reichstongreß der Urlo Stellung zu nehmen und Begünstigung delegationen in das Reglerheim zur Internationalen Kundgebung zu entsenden, wie auch Delegierte zum Kongreß selber zu wählen.

Role Sportler für die Urlo!

Der Landesausschuss der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen (Urlo) teilt uns mit, daß die Urlo beschloffen hat, am 1. Reichstongreß der Urlo eine besondere Kundgebung durchzuführen. DSI spielt gegen 11 Uhr am Sonntag, 15. Juni, 17 Uhr, auf dem DSI-Block, Heptstraße. Ein Vertreter des Landesausschusses der Urlo, ein Vertreter der

Kongreßdelegationen und ein führender Genosse der Urlo werden sprechen. Wir fordern zu einem Massenbesuch der Abschlusskundgebung im Stadion-Df auf.

Der Kongreß des Verbandes Volksgesundheit abgefagt?

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Vom 21. bis 24. Juni sollte in Dresden ein „Gesundheitspolitischer Kongreß des Verbandes Volksgesundheit“ stattfinden. Diese Tagung war gedacht als eine Unterfagung der Bestrebungen der Internationalen Hygieneausstellung. Zahlreiche Referate zum Teil bürgerlicher und reformistischer Professore waren geplant. Wir erfahren nunmehr, daß der Kongreß aus finanziellen Gründen abgefagt werden soll. Wir haben also doch recht behalten, wenn wir schon vor Monaten vom finanziellen Bankrott des Verbandes Volksgesundheit berichteten. Viel schlimmer als der finanzielle ist aber der politische Bankrott des Herrn Gerhard Krenschmar, der nach seiner Ueberhebung in die SPD in wenigen Monaten vollkommen abgemirrhacht hat. Der Kongreß des Verbandes Volksgesundheit war von der Verbandsleitung als eine Art Gegenaktion gegen den 1. Reichstongreß der Urlo gedacht und wurde darum mit Kräften von der SPD unterstützt. Krenschmar hat nunmehr erneut bewiesen, daß durch reformistische Politik eine Mobilisation der Massen für gesundheitspolitische Forderungen unmöglich ist. Er laut den Kongreß ab. Die Massen heben ihr revolutionäres Arent und wollen, daß nur im Klassenkampf ihre sozialen Forderungen durchgesetzt werden können. Sie beifügen deshalb dem Kongreß der Urlo.

„Unternehmer in Not“

Millionengewinne in allen Industrieunternehmen — Unternehmer und ADGB aber erklären: Lohnabbau ist notwendig!

„Unter dem Vorzeichen, daß man zwar die Nominallöhne herabsetzen, aber die Reallohn ungeändert lassen wolle — denn die Lohnsenkung solle sich nur der Preisentwertung anpassen —, sollen die Gewerkschaften und die Arbeiter über die Gehören werden.“

(Paul Ströbel in der Chemnitz Volksstimme vom 5. Juni.)

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ströbel geht offen ein, daß das Ziel der jetzigen Verhandlungen der Abschluß einer neuen Zentralarbeitsgemeinschaft nur dem einen Zweck dient, einen allgemeinen Lohnabbau durchzuführen. Seit Jahren hört man aus dem Munde der Unternehmer immer nur das eine Wort: „Wir leiden Not, und daran sind die hohen Löhne schuld.“ Der jährliche Industrielle Wirt, der Mitarbeiter der Dresdner Volkszeitung, hielt im letzten Monat eine große Rede: „Unternehmernot — Die nur den einen Zweck verfolgen sollte, den Boden für den Lohnabbau vorzubereiten. Dabei zeigen die Geschäftsberichte der ausfallenden Unternehmen, daß im letzten Jahre überall Millionen Gewinne erzielt und die Dividenden für die Aktionäre erhöht wurden. Die rheinisch-westfälische Montan-Industrie ist gegenwärtig der stärkste Lohnabbau. Jetzt wird der Abschluß der Konföderation-Bergbau-AG veröffentlicht, der ein Bild gibt von der ungeheuren Ausbeutung der Proleten durch das Unternehmertum. Während der letzten Nationalisierungsperiode wurde die Belegschaft um 20 Prozent verringert. In derselben Zeit aber wuchs der Arbeiteranteil je Mann und Schicht

eine Erhöhung um nicht weniger als 49 Prozent an.

Der Kongress im Bergbau stieg von 650.000 Mt. auf 1.250.000 Mt. Die Konföderation-Bergbau-AG hat nach ihrem Bericht im Jahre 1929

20 Prozent des Aktienkapitals als Gewinn

zu verzeichnen.

Doch nicht nur im Bergbau werden Dividenden von 15 bis 20 Prozent ausgeschüttet, vielmehr zeigen auch andere Industriezweige die gleichen, ja zum Teil noch höhere Reingewinne. Folgende Zahlen beweisen dies:

Webstuhl- u. Maschinenfabrik AG, Großenhain, 12 1/2 Proz. Div. Gesamtwerke, Elbe AG, Priestrich, 8 Proz. Dividende, Behold u. Kuhnert AG, Dresden, 8 Proz. Dividende.

Trotzdem diese Satzlöhne der reformistischen Bürokratie bekannt sind, trotzdem die Reformisten wissen, daß die Proleten Hungerlöhne erhalten, predigen sie wie die Unternehmer: Lohnabbau ist notwendig. Verbrechen an Verbrechen heben diese Reitenhunde des Kapitals an der Arbeiterkraft. Eine neue Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern soll gebildet und die Vereinbarung getroffen werden, die Nominallöhne herabzusetzen und Lohn- und Arbeitszeitforderungen in den nächsten Jahren nicht zu stellen. Der Bürgerkriegspakt vom Jahre 1914, die Arbeitsgemeinschaft vom Jahre 1918 sollen erneuert werden. Die Arbeiter in den Betrieben wissen, was ihnen der Bürgerkrieg und die Arbeitsgemeinschaft brachten. Jetzt soll auf Grund einer Vereinbarung von ADGB-Führern und der Unternehmer der Hungerstreik der Proleten noch enger geschnallt werden. Die Mansfelder Kumpels haben gegen den händigen Lohnabbau zum Streik gegriffen. Überall rufen die Arbeiter unter Führung der KPD und der RSD zur Gegenoffensive gegen den Lohnabbau.

Sozialdemokratische, parteilose, christliche und kirchliche Arbeiter, ihr alle leidet Not, ihr alle hundert! Wollt ihr ein noch elenderes Leben führen?

Wollt ihr euch dem Diktat eurer Gewerkschaftsführer fügen oder wollt ihr euch einreihen in die Kampftruppe des revolutionären Proletariats? Die Entscheidung kann nicht überlassen, ihr gehört in unsere Front.

Kämpft darum mit uns, unterstützt die roten Betriebsräte, wählt revolutionäre Vertrauensmänner in den Betrieben.

Organisiert den Streik, nehmt Stellung zu dem Weisfongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale!

Wählt Delegierte zum 2. Landeskongreß der RSD Sachsen am 3. und 6. Juli in Dresden!

Belegschaft Jahn, Leipzig

Für das revolutionäre Kampfprogramm!

Für Siebenkündentag, für 20 Pf. Lohnerhöhung, für den Sieg der Kommunistischen Partei!

Am 3. Juni nahmen die Arbeiter und die gemäßigten Kollegen der Firma Max Jahn, Leipzig, in einer Versammlung zu der Offenheit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse Stellung. Nach dem Referat meldete sich trotz verzweifelter Aufseherleistung keine von den zahlreich anwesenden Sozialdemokraten zum Wort. Dagegen nahmen die Arbeiter gegen eine Stimme ein Kampfprogramm an, in dem es u. a. heißt:

„Weiterer Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung stehen drohend vor den Arbeitern. Weiterer Abbau der Unterstützung, die Einführung von Willkürarbeit werden den Erwerblosen angedroht. Die sämtlichen Metallindustriellen unternehmen einen Vorstoß auf der ganzen Front.“

Dagegen muß der härteste Kampf geführt werden. Deshalb geloben wir, uns einzureihen in die Kampftruppe der Arbeiterklasse für den Siebenkündentag bei vollem Lohnausgleich, für 20 Pf. Lohnerhöhung, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für härtesten Kampf gegen Abbau der Unterstützung und für den Ausbau der Sozialversicherung!

Da die Reformisten vollständig verjagen, kann nur die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die Kommunistische

Partei den Kampf führen. Deshalb verpflichten wir uns, alle Kräfte einzureihen für die Kampfeslösung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition, für den Sieg der Kommunistischen Partei zu den Landtagswahlen am 22. Juni.

Sinein in die Kommunistische Partei! Sinein in die proletarischen Massenorganisationen, die den revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie führen. Alle Stimmen für die Liste 1, für die Kommunistische Partei!

Den Mansfelder Proleten wurde die brüderliche Solidarität ausgesprochen und ein Kollege als Delegierter zum Kongreß der RSD gewählt. Die vorhandenen Geld- und Warenbestände aus der Fabrikantentüte wurden der Roten Hilfe überlassen.

Dieses Beispiel der Jahn-Proleten muß bei allen Arbeitern in allen Betrieben Nachahmung finden. Überall muß die rote Kampftruppe wachsen und erobern, überall muß dem Verrot der Sozialfaschisten und der Offiziäre des Bürgerkriegs der geschlossene Kampfeswille unter der revolutionären Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Kommunistischen Partei gegenüberstehen.

„Schutz“ der Betriebsräte

Als roter Betriebsrat auf die Straße geflogen

Das Arbeitsgericht hilft dem Pächter des Hauptbahnhof-Restaurants

Das Betriebsratsorgan in seinem Paragraphen 25: „Den Arbeitgeber und ihren Vertretern ist untersagt, ihre Arbeitnehmern oder in der Übernahme und Ausübung der gesetzlichen Betriebsvertretung zu beschneiden oder sie deswegen zu benachteiligen.“ In seinen Erläuterungen sagt Dr. Platom, einer der anerkanntesten Interpreten des BRG, ausdrücklich zum Paragraphen 25: „Durch Kündigung in der Zeit der Kündellage als Bemerkung.“ So das Gesetz.

In der Hauptbahnhof-Wirtschaft Dresden lag die Interessenvertretung der dort Beschäftigten sehr im argen. Der alte Betriebsrat verfiel voll und ganz. Im März 1929 fand die Kündellage der Betriebsvertretung statt. Am 20. März erfolgte der gerichtliche Ausschuss der neuen Wahlen. Nur den Unternehmer Bergmann gab es eine große Niederlage. Eine Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition war mit ausgehört. Bergmann wachte, „Ich kommt Leben in die Fabrik“, durch Wahl roter Betriebsräte wurde sein „Betrugsunternehmen“ demütigt. Da die Belegschaft ihre Beschwerden durch rote Betriebsräte auch vertreten erhalten würde, aus diesem Grunde „baute er vor“. Am 26. März kündigte er den Kündellagen Kintz und Malach, Vertreter der roten Liste. Am 31. März erfolgte die Auszahlung des Wahlergebnisses. Kintz und Malach waren als Betriebsräte gewählt. Ihre Entlassung erfolgte am 10. April, während die Gewählten am 8. April ihr Amt als Betriebsräte antreten mußten. Um allem über die

Sinein in die KPD!

Krone aufzulegen, gab der alte Betriebsrat seine Zustimmung zur Entlassung. Die Hechte im Kapitalismus konnten jedoch nach dieser Meinung die beschauliche Ruhe nicht mehr stören. Selbst dem Reformisten Parteistat vom Verband der Hotel- und Restaurationsangestellten ging diese brutale Art der „Gewerkschaftslehre“ zu weit, und er vertrat die Klage vor dem Arbeitsgericht. In eingehender Begründung verurteilte er das Gericht zu überzeugen, „und die Verletzung des „über den Parteien“ stehenden Gerichtes gab Gewähr für „einmalige Arbeit“. Ein Unternehmerrecht, Vorsitzender Dr. Meinhof und — der „hinterlistig verdeckte“ Kommunistenführer Präger vom Gesamtverband als „Arbeiterführer“. Schnell war dieser „Gerichtshof“ mit dem Urteil fertig. Die Klage wurde abgewiesen. Sie wurde abgemindert, obwohl der alte Jensei-Verbandsrat Präger erklärte, daß der von den Klägern beim Betriebsrat eingereichte Einigungsplan nicht ge-

prüft wurde. Die Entlassung wurde trotzdem einmütig genehmigt. Sie wurde weiter abgemindert, obwohl der Unternehmer offen erklärte, gemäß zu haben, daß die Entlassungen den Schutz des BRG genießen. Die Abweisung dieser Klage legt der Arbeiterklasse deutlich: Die Rettung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!

Zur Lohnbewegung in der Weißhohlglasindustrie

Die Belegschaft von Maltz, Freital, im Kampf gegen die Reformisten

(Arbeitertorrespondenz)

Am 28. Mai fand eine Belegschaftsversammlung des Betriebes Maltz, Freital, statt, in der Stellung genommen wurde zur Kündigung der Gruppenarbeitsverträge für die Weißhohlglasindustrie und zu den Verhandlungen der Konferenz der Gruppe 9 der Weißhohlglasindustrie des Fabrikarbeiterverbandes.

Der Betriebsratsvorsitzende, Gen. Vohl, gab den Bericht über diese Konferenz. In dieser Konferenz referierte Bulle und verurteilte den Delegierten klar zu machen, daß in der heutigen Situation Kämpfe der Arbeiter keinen Zweck hätten. Die Wirtschaft liege „darüber“, wir müssen zufrieden sein, daß wir eine Kürzung der Löhne aufhalten können. Ganz offen sagte er, daß wir in Zukunft mit einer längeren Laufdauer der Lohnsätze zu rechnen haben. In der Diskussion legte Genosse Vohl der Konferenz die in der vorletzten Betriebsversammlung von Maltz aufgestellten Forderungen vor und wandte sich mit aller Schärfe gegen Bulle. Die Forderungen der Belegschaft sind:

1. Die Arbeitszeit beträgt pro Tag 7 Stunden resp. 40 Stunden pro Woche.
2. Es wird ein Garantielohn eingeführt. Dieser beträgt im Zeitlohn 1,20 plus 20 Prozent für alle Glasmacher und Schleifer.
3. Der Schichtlohn für die Schmelzgehilfen und Schürer beträgt 8 Mark. Dieser Lohn muß auch für die Schichttage gezahlt werden, jedoch mit einem Aufschlag von 50 Prozent.
4. Der Lohn der Hakenstubearbeiter beträgt 1 M. pro Stunde.
5. Die Löhne der Pack-, Hof- und Röhrenarbeiter werden um 15 Pf. pro Stunde erhöht.
6. Sollten diese Forderungen nach Ablauf der Kündigungsfrist

Streik in der Oberlausitzer Möbelwerkstätte

Der Unternehmer schuldet den Arbeitern 3—400 Mark Lohn Oppositioneller Arbeiter gemogregelt, Belegschaft übt Solidarität

(Arbeitertorrespondenz)

In dem kleinen Ort Taubenheim an der Spree befindet sich die Möbelfabrik Oberlausitzer Möbelwerkstätten. Der Besitzer, Wagner, glaubt mit den Arbeitern umspringen zu können, wie es ihm beliebt. Die hygienischen Verhältnisse spotten jeder Beschreibung, um den Arbeitern recht reich ihre Gesundheit zu nehmen. Wie sieht es nun in dem Betrieb mit der Entlohnung aus? Von der 80 Mann starken Belegschaft ist jetzt ein Drittel im Holzarbeiterverband organisiert. Gearbeitet wird unter Tarif, aber nicht einmal diesen Lohn bekommen die Arbeiter voll ausgezahlt, sondern der Unternehmer behält jede Woche 10 bis 20 Mark zurück, um sein Geschäft aufrecht erhalten zu können. So schuldet er einzelnen Arbeitern 3—400 Mark. Die Arbeiter nahmen nun gegen diesen Lohnraub Stellung und wüßten jedoch in ihrer Versammlung erfahren, daß der Gauleiter Horde des Holzarbeiterverbandes die Maßnahmen des Unternehmers gegen in Ordnung fand. Erst die Kampfleistung der Arbeiter veranlaßte diesen Reformisten, vor der Belegschaft seine Auffassung zu ändern. Wenige Tage nach der Versammlung wurde ein Kollege gemogregelt, worauf die dort beschäftigten 16 Poliere sich mit ihm solidarisch erklärten und den Betrieb verließen. Auch die übrige Arbeiterkraft hat erkannt, daß sie nur mit dem Mittel des Streiks zu ihrem Lohn kommen und den Willkürmaßnahmen des Unternehmers erfolgreich entgegenzutreten kann und beischloß darum, am Sonnabend ebenfalls in den Streik zu treten. Dieser Kampf ist wieder ein Beweis dafür, daß der Kampfeswille bei den Arbeitern immer mehr erwacht und alle reformistischen Einbüchserungsversuche nicht dazu führen können, die Arbeiterkraft vom Kampf um Lohn und Brot abzuhalten.

„Arbeitsverweigerung“ nach Geschäftsfluß!

(Angehellentorrespondenz)

Die Firma Joseph Erhard, Eisenwarenhandlung, Dresden-A., Oststr. 11/12, ist eine mehr als 100-jährige Fabrik. Die Angestellten 4. R. dürfen bei ihrem Hungerlohn (eine 18-jährige Kontoristin bekommt etwa 60 RM monatlich) nicht müden und müssen schuften von früh bis abends. Wochen je einmal einen Fehler, so werden sie angebrüllt und angepöbeln und man droht ihnen mit Entlassung.

Eines Tages sollten 2 Arbeiter, die schon lange wegen „zu vielen Fehlern“ (die verdienen zusammen wöchentlich 15 RM) beim Chef auf der Liste der „bei Gelegenheit zu Entlassenden“ standen, nach Feierabend eine schwere Arbeit leisten von der Hamburger nach der Freiburger Straße fahren. Sie sollten außerdem mit dem leeren Wagen wieder zurückfahren. Die Arbeiter ließen aber, da der Feierabend längst überschritten war, den Wagen auf der Freiburger Straße stehen und luden nach Hause. Am anderen Tage flohen sie Begründung: „Arbeitsverweigerung“. Was ist die Folge? Mit Mißgunst und Hochachtung hat sie etwas Unterstützung. Jetzt wird ihnen diese entzogen, da sie keine Scheitler sind. Was wird nun aus ihnen? Mögen sie nur leben, wo sie bleiben. Das deutsche Unternehmertum hat andere Sorgen (Hygieneausstellungsummel), als sich darum zu kümmern, wo die einfachen Proleten das Geld zum Notwendigsten herbeschaffen sollen.

Sie fürchten die Wahrheit

(Arbeitertorrespondenz)

Im Betriebsrat von Klauwer & Schem war beschlossen worden, in einer Betriebsversammlung einen Kollegen der revolutionären Gewerkschaftsopposition über den Lohn- und Manteltarif sprechen zu lassen. In der Versammlung selbst war der beschuldigte Betriebsratsangehörige Schmidt erschienen, der sich nur mit seinen Wertungen eingehend befaßt, wie am besten „die Karte geschmälert werden konnte“. Bei der Eröffnung der Versammlung erklärte der Betriebsratsvorsitzende, man solle nicht über den Lohn- und Manteltarif sprechen, sondern, weil jetzt eine Anzahl Kollegen entlassen werde, über die Fragen: „Wie verhält sich der Erwerblose? Ein oppositioneller Kollege protestierte lebhaft gegen derartige Methoden und erwiderte die Kollegen, für den Antrag der Opposition zu stimmen. Nachdem sprach Schmidt und entwickelte eine wüste Propaganda gegen die Opposition. Er griff sogar mit persönlichen Schimpfwörtern die anwesenden Vertreter der Opposition an. Feindhass ist doch nach diesen Angriffen dem Vertreter der Opposition das Wort nicht erteilt wurde, trotz mehrmaligen Verlangens und man schloß zur Abstimmung überging, wo die Reformisten eine schamlose Mehrheit erhielten. Der Verlauf dieser Versammlung wird die revolutionäre Metallarbeiteropposition weiter anspornen, um die letzten Kollegen und Kolleginnen der Opposition anzuführen.

Ortsausführung Neugersdorf im ADGB, Donnerstag, 12. Juni, 19 Uhr, Sitzung im Rathaus. Von 18 Uhr an Fortandsetzung des Ortsausführung.

Rund um den Erdball

Lübeck: Der 36. Säugling hingemordet

Allein an den beiden Pfingsttagen acht neue Todesopfer — Staatsanwaltschaft der „Verdunkelung“ bezichtigt

Lübeck, 10. Juni. Allein während der beiden Pfingsttage sind in Lübeck wiederum acht Säuglinge proletarischer Herkunft an den Folgen des mörderischen Calmette-Schutzraus gestorben. Nunmehr beträgt die Gesamtzahl der bedauerndwertigen Opfer des verbrecherisch leichtsinnigen Lübecker Gesundheitsamtes 36. Selbst Ärzte, die die Untersuchung leiten, müssen jetzt zugeben, daß aller Voraussicht nach von den übrigen hundert erkrankten Säuglingen noch weitere sterben müssen. Sie rechnen damit, daß die Zahl der Todesopfer in aller kürzester Zeit das erste halbe Hundert erreichen wird.

Durch dieses Massensterben ist die gesamte Lübecker Bevölkerung erneut von einer ungeheuren Empörung ergriffen worden. Von allen Seiten, nicht nur von der revolutionären Arbeiterschaft, werden jetzt die heftigsten Vorwürfe an die Adresse der Lübecker Staatsanwaltschaft laut. Man wirft diesen Klassenrichtern vor, daß sie bei ihrer Untersuchung alles verjäumt haben, die Verantwortlichen an diesem gräßlichen Bazillenmord zu entlarren. Konkret beschuldigt man der Staatsanwaltschaft, daß sie alle getan hat, um eine Verdunkelung des Tatbestandes zu ermöglichen.

indem sie verjäumt, das Laboratorium des Krankenhauses, in dem die Todesopfer gegliedert wurden, zu verjäumen.

Die bisherige Untersuchung hat ergeben, obwohl sich alle Beteiligten geradezu ängstlich bemühten, die Schuldfrage zu verdunkeln, daß im Laboratorium beschäftigte Personen sich grobe Fahrlässigkeiten zuschulden haben kommen lassen. Es steht jetzt einwandfrei fest, daß man in Lübeck Calmette-Verfälschungen vorgenommen hat, ohne geeignete Bakteriologen zur Kontrolle heranzuziehen. Mit dieser Unterlassung ist die Schuldfrage an dem Massensterben der Säuglinge eigentlich hinlänglich gelöst. Hat doch Professor

Calmette nicht einmal, sondern immer wieder nachdrücklich angeordnet,

daß die Fütterungen mit dem Calmettepräparat nicht alleine auf Verordnung eines Arztes vorgenommen werden dürfe, sondern daß auch stets ein Bakteriologe die Fütterung kontrollieren müsse.

Wie unvorstellbar leichtsinnig in Lübeck mit den mörderischen Bazillenkulturen umgegangen wurde, beweist auch die Feststellung, daß die Schränke, in denen die Kulturen aufbewahrt wurden, fast ständig offen standen, so daß jeder, der Luft hatte, sich damit beschärfen konnte. Wie leicht durch diese Nachlässigkeit Unheil angerichtet werden kann, beweisen die Meldungen der bürgerlichen Zeitungen, wonach erst kürzlich von einem Laboratoriumsangehörigen aus Jertum wertvolle Bakterien eingegangen waren und daß dieser, da er einen Ansehenerfüllten befürchtete, ganz einfach andere Kulturen an ihre Stelle setzte. In diesem Falle wurde zwar kein großer Schaden angerichtet, da diese Kulturen nur zu Tierversuchen gebraucht wurden. Immerhin wird durch diese Einzelheit auf das Ueberzeugendste dargelegt, mit welcher verbrecherischen Leichtsinns man in Lübeck mit dem Leben der proletarischen Neugeborenen umgegangen ist.

Nicht neue Todesopfer, viele Säuglinge, die nach ärztlichem Ermessen noch sterben müssen! Und täglich werden neue Angehörige der Arbeiterschaft bekannt, die des Schicksals der Mörder weiler befehlen. Doch die Lübecker Staatsanwaltschaft, diese unanschuldigen Klassenrichter, wenn es um die Verurteilung von kommunikativen Arbeitern geht, kümmert weder das Massensterben, noch die stetig steigende Erregung der Lübecker Bevölkerung. Sie denkt nicht daran, die Mörder zu verhaften, Dr. Wilsch und Dr. Dyle, die Hauptverantwortlichen, laufen noch immer frei herum.

Zehn Auswanderer landen hier den Tod



Wie wir bereits meldeten, stürzte vor einigen Tagen in Genua das große Auswandererheim aus bisher noch nicht geklärten Ursachen plötzlich ein. Zahlreiche Auswandererfamilien wurden unter den Trümmern begraben. Bisher wurden zehn Tote und acht Schwerverletzte gezählt. Unser Bild zeigt einen Teil der Genuaer Auswandererheime.

Schweres Explosionsunglück beim Tunnelbau

Sechs Arbeiter getötet, zehn schwer verletzt
London, 10. Juni. Bei dem Bau eines Felstunnels unter dem Detroitfluß in der Nähe der amerikanischen Stadt Detroit explodierten aus noch nicht bekannten Ursachen mehrere Riffen mit insgesamt 250 Pfund Dynamit. Sechs Arbeiter wurden dabei getötet, zehn schwer verletzt.

Die Mörder der „Schwarzen Marie“ verurteilt

Ein Todesurteil
Neustrelitz, 10. Juni. In dem Prozeß gegen den polnischen Schmitt Rogalla und andere wegen Ermordung einer polnischen Schmittin, die unter dem Namen „Schwarze Marie“ bekannt war, wurde am Sonnabend das Urteil gefällt. Rogalla wurde wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode und dauerndem Ehrverlust verurteilt.

Wegen Beihilfe zum Mord erhielt der Angeklagte Boguski acht Jahre Zuchthaus und der Angeklagte Kowalski vier Jahre Zuchthaus. Der ebenfalls Mitangeklagte Patronowicz wurde wegen Meineides in Tateinheit mit Begünstigung zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre verurteilt. Frau Boguski wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Kriminalreporter von Spritzschmugglern erschossen

Der Mache der Chicagoer Unterwelt zum Opfer gefallen
New York, 10. Juni. Der amerikanische Journalist Ringo, der sich hauptsächlich mit Kriminalreportage beschäftigte, wurde vor einigen Tagen am helllichten Tage von Spritzschmugglern in den Straßen Chicagos durch einen Schuß in den Hinterkopf getötet.

Ringo hatte sich mit seinen zum größten Teil im Hintertreppchen maßlos aufgebauchten Artikeln über die Chicagoer Unterwelt deren härtesten Anwälte zugezogen und stand mit den Polizeibehörden in einem engen Vertrauensverhältnis.

Affenjagden im Pariser Bois de Boulogne

Am ersten Pfingsttage bemerkten Spaziergänger, daß im Pariser Bois de Boulogne zwei Affen auf den Ästen des Parkes herumkletterten. Die herbeigerufene Feuerwehr hatte nun das Festtagsvergnügen, stundenlang hinter den beiden Tieren herzugehen. Während die Affen nach langen Bemühungen gefangen werden konnten, verschwand der Affenmahl (spürlos). Bis zur Stunde hat er noch nichts von sich hören lassen.

Niesenwaldbrände bei Bernau

Am zweiten Pfingsttag wurde der Stadtfest der märkischen Stadt Bernau von einem Niesenwaldbrand heimge sucht. Bevor die Wehren aus der Stadt und Umgebung eintrafen, hatte das Feuer bereits ein Gebiet von mehr als 120 Morgen eingeäschert. In stundenlangem Arbeit gelang es schließlich mit Hilfe dreier Berliner Löschzüge das Feuer zu lokalisieren.

Karussellbesitzer im Streit erstickt

Auf dem Dramburger Schützenplatz in Mittelpommern wurde der Karussellbesitzer Helm im Streit mit Angestruckenen durch einen Halsstich getötet.

Juwelen im Werte von 250 000 Lire gestohlen

Der Frau eines französischen Großkaufmannes wurde im Nachtzweigenzug Mailand-Venedig eine Handtasche mit Juwelen und Brillanten im Werte von 250 000 Lire gestohlen.

Drei Segler in der Ostsee ertrunken

Bei Sagan ist ein Segelboot auf der Ostsee gesenkt. Die drei Insassen ertranken, bevor Hilfe herbeizehren konnte.

Die Schreckensbilanz der Feiertage:

Schiffstatastrophen, Riesenfeuer und Unglücksfälle in aller Welt

Überall Tote und Verletzte

100 Tote bei einer Schiffstatastrophe

London, 10. Juni. Der chinesische Dampfer „Situng“ lief nördlich der Mündung des Jangtsestromes auf ein Riff und sank sofort. Mehr als 100 Passagiere und die gesamte Besatzung sind ertrunken.

Dänische Hafenstadt in Flammen

Kopenhagen, 10. Juni. Ein großer Teil der dänischen Hafenstadt Nydöbing a. Falster, die 15 000 Einwohner zählt, steht seit dem ersten Pfingsttag in Flammen. Das Feuer entstand in einem Holzlager am Hafen. Infolge des orkanartigen Sturmes dehnte sich der Brand auf die Lagerhäuser, auf das sogenannte Geschäftsviertel und auf viele Wohnhäuser aus. Mehrere Kornflös, Tabak- und Zigarettenfabriken sind niedergebrannt. Als Ursache des Riesenfeuers vermutet man, daß Obdachlose, die in einem Holzlager übernachtet haben, unvorsichtig mit Feuer umgegangen sind.

Autounfall Hamburger Erfurt-Fahrer

Hildesheim, 10. Juni. Ein von Hamburg kommender Lastkraftwagen und ein Anhängewagen, auf denen Arbeiterpartei zum Roten Reichsfest nach Erfurt fahren wollten, kamen am ersten Pfingsttag an dem steilen Roten Berge zwischen Grassdorf und Wartenberg in ruckartige Bewegung. Der Anhänger lief schräg über die Straße und stürzte um. Seine Insassen, insgesamt etwa 40 Genossen, gerieten zum Teil unter das Gefährt. Zwei Genossen erlitten schwere Verletzungen. Die Verletzten konnten nach Anlegung von Holzverbänden nach Hamburg zurückbefördert werden.

Zwei Brüder vor den Augen ihrer Geschwister ertrunken

Düsseldorf, 10. Juni. Am zweiten Pfingsttag ertranken außerhalb Düsseldorf in der Nähe des Pappelsbüschens zwei im Rhein badende Brüder vor den Augen ihrer drei Geschwister, die am Ufer standen, ohne den Hilferufen den beistehen zu können. Die Leichen der Ertrunkenen konnten bisher noch nicht geborgen werden.

Am ersten Pfingsttag nachmittag ertrank ebenfalls in der näheren Umgebung von Düsseldorf, in Wönnenwerth, beim Baden ein 15jähriger Junge. Auch in diesem Falle kam die Hilfeleistung zu spät.

Sechsköpfige Familie bei einem Autounfall ums Leben gekommen

Philadelphia, 10. Juni. Während eines Regensturmes geriet ein Auto in der Nähe von Souderton im amerikanischen Staate Philadelphia von der Landstraße ab und stürzte in ein Wasserloch eines alten Steinbruchs. Die sieben Insassen, von denen sechs einer Familie angehörten, ertranken.

In den Bergen abgestürzt

Graz, 10. Juni. Am Pfingstsonntag wurde bei einem Ausflug auf den Kaiserfeld im Eisenerzgebiet ein Wiener Zuchbrüderlehrling von einem Unwetter überrascht. Er wurde von einem angeschwollenen Wildbach erfasst und in die Tiefe geschleudert, wobei er den Tod fand.

Vom vorbeifahrenden Zuge erfasst und getötet

Bingen (Rhein), 10. Juni. Auf der Strecke nach Niederburg lehnte sich aus einem Abteil des Zuges, in dem eine Fußballmannschaft Platz genommen hatte, einer der Sportler zu weit aus dem Fenster heraus und wurde von einem aus entgegengesetzter Richtung vorbeifahrenden Güterzuge erfasst und auf der Stelle getötet.

Vierzehn Todesopfer der Prohibition

New York, 10. Juni. In den beiden Pfingsttagen sind hier nicht weniger als 14 Personen an Alkoholvergiftung gestorben. Allein in einem einzigen geheimen Restaurant wurden 40 Liter Alkohol gefunden, der von den Prohibitionsbehörden als „str-gijete“ gekennzeichnet wurde.

Das Luxushündchen von Erich Weinert

Den hat sich die Frau Direktor gekauft, Da war er vierzehn Wochen, Für 2000 Mark, mit Haut und Knochen, Dann hat sie ihn „Sonny boy“ getauft Mit einem Flakon „Quelques Fleurs de Manon“; Da hat er gleich mondan gerochen.

Er hat ein Zimmer mit Himmelbett, Elektrisch gewärmten, seidnen Kisses, Silbergeschirr und Marmorkloset, Und jeden Tag Leckerbissen.

Er hat einen Koch und eine Mamsell, Der eine sorgt für seinen aristokratischen Magen; Die andre muß ihm aus Töpfchen tragen, Und pinkelt er mal aufs Bärenfell, Oder ihm will das Menü nicht passen, Dann werden sie beide fridlos entlassen.

Zum Frühstück bekommt er Hammer garniert Oder gekochene Taube mit Reis; Mittags wird Hühnerbouillon serviert, Gedämpfte Gänseleber und Sahne auf Eis, Und wenn ihm mal das Menü nicht schmeckt, Gibt's einen Karton Pariser Konfekt. Sein Hausarzt muß seinen Stuhl regulieren Mit Massagen und warmen Oelklystieren.

Und kommt Frau Direktor mit tausend Pfoten Im Monat für „Sonny boy“ nicht aus, Dann rationalisiert Herr Direktor ein paar Proleten Aus seinem Betrieb hinaus.

Aber geht auch für jedes Exemplar Dieser gesegneten Aristokratenhunde Eine ganze Proletenfamilie zugrunde . . . Es sind doch süße Geschöpfe, nicht wahr?

Aus der neuesten Nummer der AIZ.

Bon Erfurt nach Halle

Vom 26. bis 27. Juli findet in Halle das 2. Welttreffen der Arbeiter- und Bauernkinder statt. Im Verlauf der Verhandlungen der 3. Generation des Proletariats wird die Kinderparteilinie abgeklärt.

Immer härter verläuft die herrschende Klasse, die breiten Kinderarmen an ihr Schicksal zu denken. Sie benutzt vor allem die Schule, die Kirche, die bürgerlichen Kinder- und Sportorganisationen, um die Arbeiterkinder ihrer Klasse zu entfremden.

Die Bourgeoisie ist sich der ungeheuren Bedeutung des Sportes als Erziehungsmittel für ihre Interessen bewußt. Je mehr Kinder von Arbeiterkindern in den bürgerlichen Sportorganisationen erzieht, um so mehr wird der Sport getrieben. Ziel ist es, die revolutionäre Arbeiterkinderbewegung zu neutralisieren. „Unpolitisch neutral“ nennen sich diese Organisationen. Sie haben die Kinder in bürgerliche Organisationen, Kampflager von Arbeiterkindern und anderen nationalistischen Sammelplätzen. Durch Nachschub von Kindern von Sportplätzen u. a. wollen sie die Kinder an sich fesseln und durch diese fesseln die Kinder für immer. Sie haben die Kinder in ihre Hände gefaßt. Mit Unterstützung der Schulen werden die Kinder von militärischer Erziehung der Kinder den bürgerlichen Sportorganisationen zur Verfügung gestellt.

Die Arbeiterkinder, die revolutionären Arbeiterkinder, müssen ihre Kampfbereitschaft viel mehr als bisher darauf lenken, ihre Kinderabteilungen zu stärken und die Arbeiterkinder der bürgerlich-kapitalistischen Sportvereine zu gewinnen.

Die Kinderparteilinie in Halle muß zur Mobilisierung der roten Arbeiterkinder, zur Erziehung der Kinder für die rote Sportarbeit werden. Die Sportarbeit soll unsere jüngsten Sportgenossen zur internationalen Solidarität erziehen. Im Verlauf ihrer Vorbereitung und der Wahl der Delegierten aus den Kinderabteilungen der Sportorganisationen zu den Arbeiterkinderkonferenzen und dem 2. Weltkongress der Arbeiter- und Bauernkinder werden wir eine Politische Linie, die das Bündnis der Arbeiterkinder mit den Fronten des Jugendproletariats festlegen können.

Während der 1. Sitzung im Lande der proletarischen Diktatur in Moskau hat sich das 2. Welttreffen der Arbeiter- und Bauernkinder im kapitalistischen Deutschland durchgeführt. Die Herrschaft der bürgerlichen und kapitalistischen Klassen hat die Kinderparteilinie abgelehnt. Die Kinderparteilinie ist eine große Kinderorganisation, die „rote Kinder“ aufzuziehen, um die kapitalistische Jugend zu unterwerfen, um man durch Entzug von Sportplätzen, Turnhallen, Auszubehören die revolutionäre Sportbewegung lähmen will, werden die Arbeiter- und Bauernkinder der ganzen Welt ihr Terrain abgeben. Keine „rote Kinderparteilinie“, die nach Muster der deutschen kapitalistischen Republik aufgebaut wurde, sondern eine ständige Kinderparteilinie, in der über 6000 Kinder mobilisiert werden, wird in Halle errichtet. Aus der ganzen Welt aus Amerika, aus Frankreich, aus England, aus Spanien, aus den Ländern des mittleren Ostens, aus dem fernsten Osten, der Mongolei und aus der Sowjetunion werden die Kinder mit den deutschen Kindern in dem gemächlichen Aufmarsch der 20000 der Welt ihren Kampf führen können. Auf dem 2. Weltkongress werden sie über ihre Taten berichten und Rechenschaft ablegen, wie sie in allen kapitalistischen Ländern gegen den Schulsystem, die politische Reaktion und die immer größer werdende Verelendung gemeinsam mit der revolutionären Arbeiterkinderbewegung kämpfen werden. Sie werden berichten, wie sie die internationale Solidarität festlegen und die zahllosen Arbeiter- und Bauernkinder im Aufbau des Sozialismus unterstützen.

Die Sportarbeiten werden das 2. Welttreffen vorbereiten, in dem sie die Delegierten aus ihren Kinderabteilungen zum Weltkongress wählen lassen und zur großen Kinderparteilinie rufen.

Arbeiterkinder zum 2. Welttreffen und zur Arbeiterkinder-Konferenz gewählt

Die Ortsgruppen Bernau und Wilmkau der Arbeiterkinder nahmen Stellung zum 2. Welttreffen der Arbeiterkinder und zur Arbeiterkinder-Konferenz. In beiden Ortsgruppen wurden je 3 Arbeiterkinder zum 2. Weltkongress und je 3 Arbeiterkinder zur Arbeiterkinder-Konferenz am 29. Juni gewählt. Wer macht's nach!

Unaufrichtlicher Vorkampf der JAG im Bezirk Sachsen

632 Resolutionen im Monat Mai
Im den Monaten Februar und März konnte die Internationale Arbeiterhilfe bereits berichten, daß mehr als 600 Arbeiter der Organisation beigetreten sind. Auch im April traten 203 der JAG bei. Einen Siegeszug erlebte die Organisation im Monat Mai, wo abermals, nach bisher einoganzemem Bericht, 632 Mitglieder der JAG beitraten. Sie verteilen sich auf folgende Orte: Aue 26, Augustsburg 1, Burgstädt 29, Gersdorf 5, GutsMuths 10, Hainau 11, Hainichen 22, Hartmannsdorf 6, Chemnitz 6, Johannisberg 6, Mittweida 16, Niederwiesa 8, Federau 8, Plauen 110, Riesa 3, Wittmannsdorf 5, Leipzig 138, Böhlen-Grünberg 12, Niesitz 3, Arnberg 20, Freital 10, Pirna 21, Meißen 18, Riesa 8, Chemnitz 13, Hartau 3, Strampitz 3, Gitteritz 2, Dresden 50.

Die Werbung muß verstärkt fortgesetzt werden. Auch im Monat Juni müssen wiederum 500 neue Mitglieder gewonnen werden. Und dies trotz aller Anfeindungen unserer Gegner und trotz aller Rederei vom Rückgang der revolutionären Bewegung. An alle Arbeiter und Arbeiterinnen ergoht der Ruf: Trete ein in die Internationale Arbeiterhilfe!

Unterstützt die Organisation!
Berätigt die Sammlung für den Kampfbund der JAG!

Eine Fahrradsteuer für Bayern

Der bayerische Bürgerkrieg eskaliert immer neue Maßnahmen zur Ausplünderung der Werktätigen. Die vom Reichlichen Bauernbund als Regierungspartner scheinbar belästigte Schlichtersteuer soll nunmehr doch trotz der Proteste der Kleinbauern in anderer Form zur Durchführung kommen. Es sollen zwar die Hauptlastungen von der Steuer befreit werden, die bayerischen Bauern jedoch sollen die Steuer reines auf die werktätigen Schichten als Kontributionen abwälzen.

Neben der Schlichtersteuer ist eine neue Steuer auf elektrisches Licht geplant. Mit alle inhärenten Glühbirnen ist eine bestimmte Abgabe zu entrichten.

Die ungeheuerliche aber ist unheilvoll die JAG von den revolutionären geforderte Fahrradsteuer. Jeder Fahrradbesitzer, und als solche kommen doch wirklich nur Arbeiter in Betracht, soll mit einer jährlichen Sondersteuer von 2 Mark belegt werden. Während die reichen Luxusgüterbesitzer zur Steuer herangezogen, müssen wieder einmal die werktätigen Arbeiter und Bauern bluten.

„Wir fordern Streit“

Unverrückter Betrug der Faschisten an den Massen. Angt vor der Massenauflösung

Die Nazis machen alle Anstrengungen, um ein revolutionäres Gesicht zu zeigen. Täglich schreiben sie: „Wir fordern Streit gegen Hungerkriege.“ Zu gleicher Zeit führen diese Faschisten, ebenso wie die SPD-Führer, einen wütenden Kampf gegen die freilebenden Arbeiter in Mangel. Gibt es eine hellere Widerlegung ihrer Agitationen? Die Faschisten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die erbärmliche Streikbrecher und Unterwerfungspolitik sind. Das gilt es den wenigen irreführenden Rechtfertigungen Nazumachen.

Arbeiterport

Angriff der Spalter bei den Naturfreunden abgewehrt!

Ein glänzendes Vertrauensvotum für die rote Sportopposition und eine Niederlage der Bürokratie

Die Vereinigte Arbeiterabteilung des Tennisvereins „Die Naturfreunde“, Cottbus, Dresden, hatte am Mittwoch dem 4. Juni im Volkshaus Dresden eine Versammlung, zu der auch ich eingeladen hatte. Ich wunderte mich sehr über den zahlreichen Besuch und freute mich, daß bei den Naturfreunden ein derartig großes Interesse für die Arbeiterport vorhanden ist. Ein Genosse vom Gau sprach über den Arbeiterportwettbewerb. Seine Ausführungen waren wohl ganz interessant, aber auf keinen Fall auf unsere Bewegung zu übertragen. Während die gelovten Arbeiterportwettbewerbe, als ein großer Spalter, gegen große Wettbewerbe sind, verhalten die Herren sich bürgerliche Manieren auch in die Naturfreundebewegung zu bringen. Die brennendste Antwort wurde ihm auch in der Diskussion zuteil. Abgelehnt wurde der Wettbewerb mit überwiegender Mehrheit. Sehr interessant war es, den Bescheid der verschiedenen Abteilungen zu lauschen. Die Gelovngsabteilung lehnte A. F. ab, in der Jugendabteilung zu fingen und die Samstagsabteilung lehnte es ebenfalls ab, aus Anlaß der Internationalen Spartenausstellung am Volkshaus abzuhalten. Ganz deutlich brachten sie zum Ausdruck, daß dies keine Ausstellung für Arbeiter ist. Auch hierüber entstand eine lebhaft Debatte und die Herren kühl und über. Verfühlte, durch Gehörlichkeit die Anwesenheit in die richtige Bahn zu leiten. Aber hier hatten sie auf Grund geschlagen.

Unter Grundbesprechungen lag ein Schreiben vom Gau vor, das besagt, daß der Leiter der JAG, der Gen. Glaser, mit seinem Fahren verfahren solle, da er Kommunist ist und mit ausschließlichen Naturfreunden im Arbeiterport keine Dankschreiben müßte der anmeldebe Gehaltsführer, Kohl, unter dem Druck der Mitgliedschaft hoch persönlich begründen. Das war ihm freilich sehr unangenehm. Ganz zweifellos, ja, vor allem

überliche Argumente, brachte man hier zum Vorschein. Starke Gelächter der Mitglieder unterbrach ihn oft. Er betonte vor allem, daß Gen. Glaser die Mitgliedschaft des JAG nicht anerkennen würde und deshalb müsse er gehen.

Genosse Glaser plädierte einige Paragraphen aus den JAG-Satzungen, mit denen er nicht konform gehen kann. In der anschließenden Diskussion erkannte man, daß die Mitgliedschaft dem Gen. Glaser ihr vollstes Vertrauen schenkt. Die Mitgliedschaft lehnte die Herren vom Gau auf, zu sagen, wo dieser „Spalter“ Glaser gelandet hat. Auf die wirklich interessanten Ausführungen des Gen. Glaser und der anderen oppositionellen Genossen ging dann der Geschäftsführer nicht ein. Er brachte die Mitgliedschaft ein Wort um Sportwesen durchzuführen und gingen die Herren hatten gar bald das Antragsticket durchgehoben und gingen zur Abstimmung über. Ein Antrag lag vor, daß Gen. Glaser in den meistein die JAG leiten soll und daß er als Delegierter in den Gau gehört. Dieser Antrag wurde mit 133:19 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) angenommen. Das war ein „Schlag ins Kontor“. Sehr beachtenswert war, daß ein Kandidat, der sich während der Diskussion als echter Kommunist nannte, sich der Stimme enthielt. Auf Grund der Ausführungen des Gau, Kohl und Glaser (beide die Angelegenheiten im 3. Bezirk) wird ein Antrag gestellt, der folgenden lautet: Die JAG Dresden verlangt, daß in der nächsten Versammlung der Gen. Kohl und ein Ausschüsse über die gegenwärtige Lage sprechen sollen. Dies wird ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Von all es, die geplanten Ausschüsse nicht zustande kommen zu lassen und weitestmöglich den Opposition gegen die Führung der Arbeiterportbewegung, für die rote Sportarbeit!
(SSK 1374)

Arbeiterportler der Oberlausitz!

Die Verbürgerlichung der Arbeiterportbewegung, die Republikanisierung und Sozialdemokratisierung derselben zugunsten der bürgerlichen Ausbeuterrepublik nimmt immer härtere Formen an. Die Genossen, die die Gefahr für die Arbeiterportbewegung erkennen, gegen sie und die reformistischen Sportführer Front machen, werden rücksichtslos aus ihr herausgeworfen.

In der Oberlausitz ist man leitens der Kreisleitung der Arbeiterportler, die oppositionellen Vereine aus dem JAG auszuschließen.

Die Ausgliederungskommission in den anderen Verbänden wird in demselben betreiben. Ehrliche Elemente, die den Kampf der Arbeiterportler gegen Verbürgerlichung der Arbeiterportbewegung, gegen Republikanisierung derselben und gegen den Ausbeuterstaat führen, werden von diesen republikanischen Sportführern auf das härteste bestraft und ausgeschlossen.

Es wird deswegen für den 15. Juni eine Konferenz der Arbeiterportvereine der Oberlausitz nach Zittau im Restaurant „Grüner Baum“, Breite Straße, zur 10 Uhr einberufen. Die Tagesordnung lautet:

1. Die Lage im Arbeiterport;
2. Organisatorisches.

Jeder Arbeiterportverein der Oberlausitz wählt Delegierte und entsendet diese mit einem Bescheidenschein zu dieser Konferenz. Arbeiterportler, bereitet die Delegation in eurem Verein vor, wählt Delegierte!

Die Opposition im Arbeiterport.

Sportvereine von Groß-Dresden!

Die Fortverkaufskarten zum Internationalen Sportfest am 5. und 6. Juli sind bereits im Umlauf. Vereine, die solche noch nicht in Empfang genommen haben, müssen dies sofort nachholen. Fußballvereine erhalten dieselben beim Gen. Helmig, Palmstraße 26; alle anderen Vereine und Organisationen beim Gen. Jachau, Güterbahnhofstraße 2. Die Karten können auch noch Platze im Empfang genommen werden.

Internationales Sportfest am 5./6. Juli in Dresden

Russen, Amerikaner, Engländer, Franzosen
Schweden, Norweger, Desterreicher, Schweizer am Start

G. BINKO
DER

JAHREPLAN
DES SOZIALISMUS

Eine authentische Darstellung seiner Probleme aus der Feder eines der leitenden Mitarbeiter der Staatsplanwirtschaftskommission. Zahlreiche Diagramme und eine Karte des Fünfjahresplans
296 Seiten — Broschürt M. 3,50 — Leinen M. 5,—

Steppdecken
solide Ausführung
gute Qualitäten
Ewald Kluge
Pirna, Lange Str. 17

Nur ständiges Inserieren bringt Erfolg
Den Vertreter der Arbeiterstimme verlangmanueter
Nr. 17259

Jedem sein Motorrad
Anzahlung: RM. 30,— bis 200 RM. 10,— bis 500 RM. ganz gleich welcher Marke.
Abzahlung: in monatlichen Raten bis zu 3 Jahren ohne Anzahlung.
Verlangen Sie unsere Aufklärungsbroschüre gegen RM. 1,50 Nachnahme.

Motorrad-Finanzierungs-Reform
Magdeburg, Breiter Weg 272
Verteiler allerorts gesucht!

Wenn's niemand macht! Oswald Machts!
Hauptlager:
Kaulbachstraße 31, I. Btg.
Ecke Pillnitzer Straße

Möbel aller Art
Große Auswahl! Billige Preise!
Günstige Zahlungsbedingungen!
Empfehle sämtliche Pflanzen für Grab- und Balkenschmuck aus eigenen Kulturen Gurken frisch von d. Ranke

C. KELLER
Gärtnerei am Friedhof
Freital-Potschappel
Eingang auch vom kleinen Weg

STARKE'S KURBAD nur DRESDEN-N. 6, Bautzner Straße 311. Ruf Nr. 51502

Personl. Leitung! Geprüft Personal! Anerk. eine führende Anstalt am Platze! Besucht die Privatkurhäder! An all. Krankenkass. zugelassen.

Weitergeben!

Als Diskussionsmaterial verwenden!

Der „Sozialismus“ der NSDAP

Nur Enteignung der Kapitalisten führt zum Sozialismus

Ka. Die Kapitalisten produzieren nur, wenn sie dabei Profit machen können. Ob Millionen Menschen hungern und ohne Arbeit sind, auf der anderen Seite der Produktionsapparat nur zur Hälfte ausgenutzt, die Produktivkräfte zerstört oder ihre Entwicklung gehemmt wird — für die Klasse der Kapitalisten sind nicht die Bedürfnisse jener, die arbeiten, maßgebend, sondern ausschließlich das Profitstreben der Kapitalismagnaten, die im Besitz der gesamten wirtschaftlichen Macht, des Grund und Bodens, der Fabriken und Maschinen, der Verkehrsmittel und Rohstoffe sind.

Die andere Klasse, die Proletariat, die übermächtigende Mehrheit der Bevölkerung, verfügt über keine Produktionsmittel, die es ihr gestatten, die Gegenstände ihrer menschlichen Bedürfnisse zu erzeugen. Der Proletariat hat im Kapitalismus keine andere Möglichkeit, zu leben, als das einzige, was er besitzt, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Die Ausbeutung seiner Arbeitskraft durch den Kapitalisten ist die Quelle allen Profits, allen Reichtums der Besitzenden, die Quelle allen Glanzes, allen Hungers für die nichtbesitzende Klasse.

Die Verfügung der Kapitalisten über die Produktionsmittel ist also die Grundlage ihrer ökonomischen und damit auch politischen Herrschaft über die Arbeiterklasse, gleichzeitig auch über die Zwischenklassen (Kleinbauern, Handwerker usw.), die der großkapitalistischen Konkurrenz immer weniger Stand halten können, in Verschuldung geraten und ins Lager des besitzlosen Proletariats hineingeküchelt werden. Die Wahrung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, wo nicht der Profit einiger weniger, sondern die materiellen und kulturellen Bedürfnisse aller Arbeitenden gesichert sind, ist also nur möglich durch die „Expropriation der Expropriatoren“, durch Enteignung der kapitalistischen Enteigner, durch die Verwirklichung aller Produktionsmittel.

Jeder, der nicht vorbehaltlos auf diesem Standpunkt der entschuldigungslosen Enteignung der entscheidenden Bestandteile des Wirtschaftssystems (also Enteignung und Verwirklichung der Großindustrie, Verkehrsmittel, Kraftenergie, Banken, Grund und Boden, Großhandel, den gesamten Außenhandel) steht und dafür zu kämpfen mit allen revolutionären Mitteln bereit ist, ist kein Sozialist, sondern ein Verteidiger der kapitalistischen Ordnung. Mag er noch so sehr von Sozialismus schwärmen.

Die einzige Partei, deren Theorie und Praxis bedingungslos den Sozialismus anerkennt, zur Erlangung des Sozialismus die proletarische Revolution organisiert, ist die Kommunistische Partei. Ihre Theorie und Praxis ist der Marxismus-Leninismus, die Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats. Indem die Nationalsozialisten den Marxismus ablehnen, ihn verhöhnen und bekämpfen, zeigen sie damit allein schon, daß ihr Programm und ihr Name mit Sozialismus nichts zu tun hat.

Für die Bourgeoisie ist der Sozialismus erst dann ein entscheidendes Werkzeug in ihren Händen, wenn er in breiter Front in die Reihen des Proletariats eindringt. Darum versucht er, seine Propaganda dem Bewußtsein, dem Denken und Fühlen der Arbeiter anzuspulen. In Pamphleten und Transparenten, in der Tagespresse findet man vor allem jetzt während des Wahlkampfes gegen die Kapitalisten gerichtete, zum Teil revolutionäre Forderungen („Kampf dem Kapitalismus! Kampf der Kapitalistenregierern!“ usw.). Viele Forderungen sollen die Arbeiter für den Sozialismus einleiten. Um so notwendiger ist es, die vom Sozialismus irreführenden Nationalsozialisten mit der Theorie und Praxis der Nationalsozialisten bekanntzumachen. Haben wir es hier wirklich mit einer Partei zu tun, die die Niederlegung des Kapitalismus erkämpfen und an dessen Stelle den Sozialismus setzen will?

... Eine „russisch-jüdische“ Angelegenheit

In der programmatischen Schrift des gegenwärtigen Reichspropagandaleiters der Nationalsozialisten „Das kleine ABC des Nationalsozialismus“ von Dr. Josef Goebbels heißt es u. a.:

„Der Marxismus... will angeblich die industriellen Betriebe den Händen ihrer Arbeiter entreißen, um sie der Allgemeinheit zu geben. Der Bolschewismus in Rußland hat gezeigt, daß dieser Versuch mit der fürchterlichsten Verflüchtigung der Arbeiter endet.“

Diese Behauptung Goebbels von der „Verflüchtigung“ des Proletariats in Rußland, wo der Arbeiter herrscht, ist ausschließlich über der „Sozialismus“ der deutschen Faschisten wird durch ihren Führer Goebbels noch gründlicher entlarvt.

Ihr (der Kommunisten) wirtschaftliches Ziel, die Sozialisierung aller Produktionsmittel, ist, zumal in einem Industrieland, vollkommen unerreichbar; ihre Methoden sind russisch-jüdisch.“

Nun, wenn die Enteignung der großkapitalistischen Käufer, und damit die Voraussetzung der Errichtung einer sozialistischen Ordnung, für Goebbels eine „russisch-jüdische“ Angelegenheit ist, so ist natürlich bei den Nationalsozialisten auch kein Raum für Klassenkampf. Denn erst durch den revolutionären Klassenkampf, durch den Kampf Klasse gegen Klasse bis zum politischen Massenstreik und bewaffneten Aufstand, kann der Kapitalismus gestürzt werden.

Natürlich auch gegen Klassenkampf

Selbstverständlich also, daß der Nationalsozialismus auch gegen die Anwendung des revolutionären Klassenkampfes ist. Goebbels schreibt:

„Die NSDAP will nicht den Klassenkampf, sie will den Kampf gegen den Klassenkampf. Der Klassenkampf zerlegt das deutsche Volk in zwei Teile und macht es unfähig, eine Nation zu werden.“

Was Goebbels hier theoretisch darstellt, hat der italienische Faschismus in der Praxis bewiesen. Keinem Kapitalisten, keinem Junker, keinem „Bankhubs“ ist ein Haar gekrümmt oder der Betrieb, der Grund und Boden oder der Inhalt der Kontenrollen usw. enteignet worden. Eine progressive Kapitalsteuer, die „den Charakter einer teilweisen Enteignung“ haben sollte, und von Mussolini vor dem Marsch nach Rom proklamiert wurde, wurde vom italienischen Finanzminister nachher für „wirtschaftlichen Unfug“ erklärt und die Besteuer vermindert.

Die Arbeiter werden es bei einem solchen „Sozialisierungs“-programm der Nazis verstehen, warum die Volkspartei, die Partei der deutschen Trübsalisten, einen Preis für Regierung heranzieht und warum Großkapitalisten (z. B. der rheinische Großindustrielle Kirdorf, der auf Hitlers Einladung am Nazi-Parteitag in Nürnberg im August 1929 teilnahm, Borzq, IG-Farben usw.) erwiesenermaßen Geldgeber der Nazis sind, und warum es in der Nazi-Partei solche schmerzliche und vermögende Mitglieder und Führer gibt, wie Graf Wedel-Thüringen, Prinz Franz von Thurn und Taxis, Hohenzollern-Prinzen, Spinnfabrikanten, Junker und Prinzen usw. Warum sollten die Kapitalisten, Junker und Prinzen auch nicht? Ein „Sozialismus“, der das Proletariat vom Klassenkampf gegen die Kapitalisten ablenkt, deren Fabriken und Trezore unberührt läßt, ist schon ein Schmiergeld wert.

Der „Sozialismus“ des „Mitbesitzes“

Wir haben also bisher gesehen: Mit der Heberführung des Privatbesitzes in den allgemeinen Besitz ist es bei den Nazis nichts. Sollen also die Arbeiter, die Kleinbauern, leer ausgehen und nur von der nationalsozialistischen Phrase leben? „Was ist also für die Nationalsozialisten die Grund-

Wählt nur die Liste 3!

bedingung zur Lösung der sozialen Frage?“ Tragt Goebbels und er antwortet im „ABC“ darauf:

„Der radikale Wille, den entrechteten deutschen Arbeitern Eigentum, darum Mitbesitz zu geben an dem Werk, an dem er schafft, auch Eigenbesitz an Boden...“

Dem Arbeiter „Eigentumsrecht und Mitbesitz am Werk seiner Arbeit“ zu geben, ist keine Entredung der Hitler- und Goebbels. Gerissene Kapitalisten, wie der gute christliche Automobilfabrikant Ford in Amerika, haben das schon ausprobiert und sind dabei reich geworden. Ford hat nämlich die „Gewinnbeteiligung“ des Arbeiters in seinen Lohn einfließen lassen, und es vergangenes Jahr der Kleinrentner an der New Yorker Börse einlegte, ist für die „gewinnbeteiligten“ Ford-Proleten und „Arbeitsbesitzer“ nichts anderes wie ein Stück Papier und die wertvolle Erkenntnis über den großkapitalistischen Betrüger Ford übrig geblieben. Herr Krupp, von den Nazis als „deutsche Herrennatur“ in der Presse öffentlich gelobt, hatte vor und während des Krieges ein ähnliches System des „Mitbesitzes“ seiner Arbeiter erdacht, indem er seinen Proleten eine „Klitterorganisation“ einrichtete. Heute sind die Krupp-Pensionäre noch schlimmer daran, als die ausgebeuteten Erwerbslosen. In Italien, wo der Faschismus regiert, steht der „Mitbesitz“ des Arbeiters so aus, daß sein Lohn einer der niedrigsten aller europäischen Industriestädter ist und auf Streiks für Lohn-erhöhungen Gefängnis bis zu 2 Jahren heißt. Uebrigens hat Herr Hitler erst am 2. Mai d. J. im Berliner Sportplatz wörtlich ausgeführt:

„Die Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands ist die Befreiung des Denkens der Massen um den Lohn.“

Der „Sozialismus“ des Reinen Mannes (wie ihn die Hitler- und Goebbels proklamieren) ist also ein ausgemachter Massenbetrug.

„Juda verrecke“

Über der „Sozialismus“ der Goebbels und Hitler verläuft noch über ein weiteres Kültung zum Massenbetrug als das der „Gewinnbeteiligung“:

„Der Nationalsozialismus unterscheidet zwischen Staats- und Börsenkapitalismus, d. h. zwischen national schaffendem und international reichendem Kapital... Das erste darf und kann nicht vernichtet werden...“

... Das Börsenkapital ist kein schaffendes, sondern ein immerwährender reichendes Kapital... Sein Hauptträger ist die jüdische Hoffmann.“

Die Metall- und Textilindustriellen von Sachfen, die jetzt einen Lohnabbau durchführen, die stehenden Junker, die (um billige Arbeitskräfte zu bekommen) polnische statt deutsche Landarbeiter auf ihren Gütern ausbeuten, deren „national schaffendes“ Kapital darf also nicht vernichtet werden, sondern nur „das reichende Kapital der jüdischen Hoffmann“.

Natürlich gibt es jüdische Kapitalisten und Bankiers, genau so, wie es jüdische Arbeiter und Kleinbauern gibt. Und natürlich gilt der Kampf des Proletariats allen Kapitalisten ohne Unterscheid, ob Krupp oder Goldschmidt, ob heimischer oder ausländischer, Kapitalist bleibt Kapitalist, Ausbeuter bleibt Ausbeuter. Darum gibt es für das Proletariat keine Klassen, sondern nur eine Klasse: die Klasse der Ausbeuter. Hitler-Schlichter-Juda verrecke! ist nur ein demagogisches Mittel, das Proletariat vom Kampf gegen alle Kapitalisten, gegen den Kapitalismus überhaupt, abzuhalten.

Die Kapitalisten nehmen allerdings von Hitlers Klassenentstellung keinerlei Notiz. Der einflußreiche Jude Deutschlands, der Hauptaktionär der Danat-Bank, Goldschmidt, wurde erst vor wenigen Tagen auf der Generalversammlung des größten deutschen Trübsal, der IG-Farben, freierwählend in den Ausschuss gewählt und damit gemeinsam mit dem „national schaffenden“ Kapitalisten, dem Geheimrat Goldschmidt (bekannt durch den Betrügerbrief der Nazis an diesen Groß-

industriellen), Dr. Schlichter (Dedi-Bank), Jakob Goldschmidt (Generaldirektor der Rheinischen Stahlwerke) die Theorien des Prof. Goldschmidt für das Hugenbergische „Volks“-begehren, das in auch die Nazis mitmachte, lag u. a. der Prof. Goldschmidt, der ein Jude ist. Der „Autonome“ Hugenberg selbst ist geschäftlich aufs engste liiert mit dem Juden-gemoffen Salomon Breklauer und Rahimowitz, den Finanziers des „Berliner Volksanzeigers“. Als bei der Berliner Wagon, in der der Jude Goldschmidt Aufsichtsrat ist, voriges Jahr ein Streik ausbrach, lieferte der nationalsozialistische Arbeitsnachweis die Streikbrecherbanden.

„Brechung der Zinsknechtschaft“

Reicht noch eine letzte „Ausflucht“ der Hitler-Demagogen: „Freiheit für die deutschen Arbeiter ist nicht eher möglich“, „wenn nicht zuerst die Knechtschaft unter der Zinspeitsche der Judenborje beseitigt ist.“

Natürlich ist auch diese nationalsozialistische These nichts als Phrasen: denn der sogenannte Zins ist genau so wie der Profit der Industriekapitalisten nichts anderes als ein Teil und eine bestimmte Form des dem Arbeiter abgeprehten Mehrwerts. Wer die Ausbeutung der arbeitenden Klassen beiliegen will, muß den Kapitalismus als Ganzes beseitigen wollen. Selbst die von den Nazis geforderte „Verstaatlichung der Banken“ im Rahmen eines Systems, in dem der Kapitalismus nicht gekürzt ist, würde nichts an dem Ausbeutungsverhältnis der Klassen ändern. Die Kleinbauern und Handwerker würden keine zinsfreien oder verbilligten Kredite erhalten — das beweist die Kreditpolitik der von den Nazis unterstützten Sachsischen Staatsbank —, wie umgekehrt die großkapitalistischen Ausbeuter den billigen Kredit erhalten würden; denn die verstaatlichte Bank wäre in ein Teil der ökonomischen Macht eines kapitalistischen Staates. Im übrigen zeigt gerade die Praxis des italienischen Faschismus, wie im Lande des Faschismus die „Zinspeitsche gekrochen“ wurde. Auch Mussolini forderte „Verstaatlichung der Banken, Schließung der Börsen, Einregulierung aller arbeitslosen Einkommen“. Weher die Banken noch die Börsen sind abgeschafft oder verstaatlicht, die Kriegsgewinne nicht festgesetzt, als in der 160. Sitzung des Reichstages am 12. April 1930 die Kommunisten forderten, die vom Reichsfinanzminister geplante Herabsetzung bzw. Beseitigung der Kapitalertragssteuer und Erbschaftsteuer zu verbieten, stimmten die Nazis zusammen mit allen anderen Parteien dagegen.

Aber die „Brechung der Zinsknechtschaft“ bei Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems ist nicht nur angesichts der faschistischen Praxis ein großer Volksbetrug, sondern auch eine Utopie, eine lächerlich dumme Einbildung des kapitalistischen Entwicklungsprozesses. Die heutige Epoche des Monopolkapitalismus zeichnet sich gerade durch die direkte Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital aus. Der riesige Kapitalbedarf der industriellen Unternehmungen zwecks Aufbaus weiterer Konkurrenzbetriebe, technischer Ausrüstung der eigenen Betriebe usw. kann nur noch von den Banken gedeckt werden, die ihrerseits das gerade in der Industrie freilegende Kapital sammeln.

Die Banken benutzen diese Abhängigkeit der Industrie, Einfluß zu gewinnen. Sie werden selbst Teilhaber von Industrieunternehmungen bzw. Aktien. Umgekehrt legen Industrieunternehmer ihre Profite in Aktien der Banken an, um vermittle ihres Einflusses auf die Bank auf andere Industrieunternehmungen Einfluß zu gewinnen, die Konkurrenz auszuschalten zu können usw. In der Praxis vollzieht sich dieser Prozeß durch Austausch von Aktienpaketen und durch direkte Personalunion, Entsendung von Aufsichtsräten der Industrie in die Banken und umgekehrt. Im Aufsichtsrat der größten deutschen Bank, der Dedi, sitzen solche guten Christen und „produktiven“ Unternehmer, wie der rheinische Braunkohlenkönig Silberberg und der Großindustrielle Kirdorf, der Zusefreund Adolf Hitlers. Diese „deutschen“, „produktiven“ Kapitalisten „bekämpfen“ die „Börsenjuden“, indem sie mit ihnen gemeinsam das Proletariat ausplündern.

Nur die KPD führt das Proletariat zum Sozialismus

Bei uns Kommunisten gibt es keinen Unterschied zwischen der Theorie und der Praxis unseres Handelns. Das heraliche Werk unserer russischen Brüder am sozialistischen Aufbau, Opferung von Blut und Leben der kommunistischen Arbeiter in allen Ländern imperialistischer Ausbeutung und kapitalistischer Zornerei hat die Schwur- und Blutzeugen dafür, daß wir unser Programm, das Programm der kommunistischen Weltpartei, auf der ganzen Welt verwirklichen werden.

„Das Einzige“, so heißt es im Programm der kommunistischen Internationale, „das die kommunistische Internationale erstrebt, ist die Erringung der sozialistischen Weltmacht durch das Weltproletariat des Kommunismus. Die kommunistische Weltmacht, die durch den ganzen Ablauf der geschichtlichen Entwicklung vorbereitet wird, ist der einzige Ausweg für die Menschheit; denn nur diese Weltmacht vermag die fundamentalen Widersprüche des kapitalistischen Systems aufzuheben, die die Menschheit mit Entartung und Untergang bedrohen.“

Die kommunistische Ordnung beseitigt die Spaltung der Gesellschaft in Klassen, d. h. sie beseitigt mit der Inangriffnahme der Produktion alle Kräfte und Formen der Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen.“

Dafür kämpfen wir, dafür kämpfen wir die internationale Klassenfront, dafür rufen wir das Proletariat in allen Ländern auf im Bündnis mit den werktätigen Bauern und dem vom Kapitalismus ruinieren Mittelstand zu kämpfen bis zum endgültigen Siege.

Dafür wird das rote Sachfen am 22. Juni demonstrieren, indem es Kommunisten wählt, indem es die Liste 3 wählt.

Wer Kampf gegen die Nazis will, wählt Liste 3!

Dresden-A.

Die trustfreie **CÄSAR** 5-Pf.-Zigarette

Residenz-Büffet und Konditorei Seestraße 7
Filiale: Walsenhausstr. 18

7% **WIWO-SA** **7%**
Wir verkaufen an jedermann! (Ohne Mitgliedszwang und ohne Einzahlung)
Lebensmittel und Fleischereiwaren

Drema A-G.
Milch Molkeprodukte **Dresden** Sonstige Lebensmittel
Würzburger Straße 9

Zeichschänke Ausflug- und Wädherrstaurant zu Lauba-Weirdorf
Annenstr. 19/Schokoladen-Spezial-Geschäft
Anerkannt größte Auswahl, billigste Preise
Der beliebte Thürmer-Kaffee hier erhältlich

Gertrud Seyfert Rudolf Meyer
Annenstr. 19/Schokoladen-Spezial-Geschäft
Anerkannt größte Auswahl, billigste Preise
Der beliebte Thürmer-Kaffee hier erhältlich



Hüte, Mützen, Herren-Artikel
Straßburger Hut-Bazar

Wettiner-, Ecke Gr. Zwingerstraße
FREITAL I, Untere Dresdner Str. 98

Brechelt & Co.
Inh. Carl Zickler
Lindenastraße 18
Eisenwaren - Küchengeräte

Elektrische Anlagen
Reparaturen Radio
Rudolf Gröttsch
Lindena-, Ecke Uhlandstr. Tel. 43548

Die beste Milch
für den Säugling, das größere Kind, zur Kur für Kränke und Erwachsene liefert Ihnen Ihre Haus in alle Stadtteile und nach auswärtig nur die altrenommierte Firma
Milchkuranstalt „Sanitas“
Besitzer: F. M. Winkler
Dresden-A., Zwickauer Straße 76
Telefon 43109
Das Haus für Säuglingsnahrung, Belegstelle Anerkennung aus Aerzte- und Verbraucherkreisen liegen ständig zur Einsicht aus. Fordern Sie Prospekte gratis. Höchste Auszeichnungen für Kinder- und Kindlich Internationaler Hygiene-Ausstellung und sonstige hohe Auszeichnungen

Lebensmittel-Mende
Freiberger Straße 6
Billigste Bezugsquelle in Wurstwaren

Richter-Zigarren rauchen heißt Geld sparen und Besseres genießen!
Johannes Richter
Dresden-C. 1
Landhausstraße 8
Filiale: Amalienstraße 9

Gerd Baentsch
Am Schießhaus 17 / Telefon 29 498
Anfertigung von Propaganda für alle Organisationen

In jedes Haus **SchokoladenvonClauß**

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen



Trinkt morgens Tee
Marke „Teekanne“, Mischung „Lila“ des Morgenlandes
Aber nicht so soll Teekanne „Lila“ getrunken werden wie am Nachmittag oder Abend, sondern stark dunkelrot aufgegossen, möglichst mit Zusatz von Milch, je nach Geschmack mit oder ohne Zucker.
Teekanne „Lila“ ist ein kleinbitterer, ergiebiger und kräftiger Morgenstee, nach dessen Genuss man sich frischer und wehler fühlt als bei allen sonstigen fülligen Morgengetränken.
Fordern Sie in den Geschäften kurzweg
TEEKANNE „LILA“
Das 50-Gramm-Paket kostet nur 80 Pfennige und reicht für ca. 70 Tassen kräftigen Tee. Demnach die Tasse nur zirka 1 Pfennig.

Ernst Neßler, Nachf.

Wettinerstraße 7
Jahnstraße 3
Dreyßigplatz 1
(Am Straßentempel Michtes)

Kolonialwaren Weinhandlung Spirituosen Kaffee-Rösterei
Verlangt Eierleigwaren und Makkaroni von
Max Sparmann, Nötschenbröda

Sie rauchen noch keine Supra?
— — — **Schade!**
Es sind die besten Zigaretten / Konzernfrei
Supra 5 Pf. * Supra Ideal 6 Pf.
Stadtwappen 4 Pf.

Marien-Apotheke
Altmarkt 10, Kreuzkirkchenecke
Lieferung für alle Krankenkassen
Allopathie Homöopathie Biochemie

Drogen-Spezialhaus, Kräutergewölbe
Farben / Lacke / Pinsel usw.
Spalteholz & Bley Pillnitzer Straße 20

50% Rabatt in Spar-Marken
Fraueneck
Wäsche- u. Baumwollhaus
Ecke Frauenstraße
Schönerbergstraße 9, am Altmarkt

MEHL T. BIENERT GRIES

Photo-Leinwand Apparate-Zubehör
Entwickeln und Kopieren
Weinligstraße 2, Olppoldswaldener Platz

Die hochfeine **5 Pf. Zigarette CONFREIA**
(Konzernfrei)

Herren- und Knaben-Bekleidung

Hüneburg

Sport- und Arbeitskleidung — Maßanfertigung
Wettinerstraße 35/37 • Besuch ohne Kaufzwang gestattet

Karl Lohse Wettinerstraße 46
Schokolad. u. Zuckerwaren erster Firmen
Vorkauf an Wiederverkäufer

SEIDEN-HAUS Jacoby
DRESDEN-A., ALTMARKT 6

Berufskleidung aller Art
A. Alfus, Große Brüdergasse 43, II

Wild-, Geflügel- und Feinkosthandlung
Otto Hartmann Kreuzstraße 13

Huschhalle I am Postplatz
Huschhalle II Pillnitzer Str. 4
Die bekannten Altschöden in erster Qualität
Dazu das köstliche Waldschöden-Bier

Verlangt überall **Waldschöden**

Tischler- und Polster-Möbel
Niedrige Preise / Solide Waren / Große Auswahl in 5 Etagen / Stets wachsender Umsatz infolge persönlicher Empfehlung
Dresden-A. 1, Rosenstraße 45
(Nähe Ammonstraße)
Hesse

Kauft in **Edeka** Geschäften

Zwerg-Drogerie
Gute Farben — Gute Lacke
Günstige Preise Rosenstraße 5

Carstensen
Pillnitzer Straße 5/7
Schnelderei-Zufaten, Spitzen u. Besätze

Schokoladen-Hering

Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik
Kaffee-Groß-Rösterei
Alleiniger Hersteller der echten **Sanussa-Husten-Bonbons**
Hochwertige Kaffees zu volkstümlichen Preisen — Immer frisch geröstet

Greiling-Schwarz-Weiss
es gibt keine bessere 48 Zigarette

